

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Landbote. 1849-1934 1928

48 (25.2.1928)

Ercheint täglich mit Ausnahme der Feiertage.
Bezugspreis: Durch die Post bezogen und durch den Briefträger und unsere Aussträger frei ins Haus monatlich Goldmark 1.20
Der Bezugspreis ist im Voraus zu entrichten.
In Fällen von höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.
Geschäftszeit 1/8 bis 5 Uhr Sonntags geschlossen.
Fernsprech-Anschluß Nr. 465
Postfach-Konto Karlsruhe Nr. 6903

Der Landbote

Sinsheimer Zeitung Begr. 1839
General-Anzeiger für das Elsenz- und Schwarzbachtal

Helteste und verbreitetste Zeitung dieser Gegend. Haupt-Anzeigen-Blatt
Wöchentliche Beilagen: Neue Illustrierte • Aus dem Reich der Mode • Ratgeber für Haus- und Landwirtschaft

Anzeigen-Preise:
Anzeigen: Die 33 mm breite Millimeter-Zeile 6 Goldpf.
Reklamen: Die 92 mm breite Millimeter-Zeile 20 Goldpf.
Grundschrift im Anzeigen- und Textteil ist Petit.
Bei Wiederholungen tarifreter Rabatt, der bei Nichtzahlung innerhalb 8 Tagen nach Rechnungsdatum oder bei gerichtlicher Betreibung erlischt.
Anzeigen-Annahme bis 8 Uhr vormittags; größere Anzeigen müssen am Tage vorher aufgegeben werden.

Bank-Konto:
Bereinsbank Sinsheim e. G. m. b. H.

Nr. 48.

Samstag, den 25. Februar 1928.

89. Jahrgang

Kesseltreiben in der Investigationsfrage.

Chenglos Uebergriff. — Frankreichs Pläne. — Der ungarische Präzedenzfall.

Der Uebergriff des Ratspräsidenten Chenglos, der um so empörender und unerhörter ist, als er durch einen so genauen Kenner der Völkerbundsatzung wie Briand veranlaßt wurde, hat auch für Deutschland, nicht allein für Ungarn, eine sehr ernste Seite. Pariser Blätter, nicht nur notorisch chauvinistischer Richtung, die Wert darauf legen, für den Schritt Chenglos letzten Endes mit verantwortlich zu sein, indem sie ihn zu diesem ungeheuerlichen Akt bewogen, geben ihrer Befriedigung unverbundenen Ausdruck und fordern gleichzeitig, daß der Völkerbund nun sofort zu Sanktionen schreiten müsse.

Die Anhänger des Völkerbundes, jubeln sie, müßten sich beglückwünschen, „eine so günstige Gelegenheit zu haben die Macht des Völkerbundes zu beweisen“. Ungarn habe nicht nur den Friedensvertrag verstoßen, sondern auch den Völkerbund in jeder Beziehung mißachtet. Es könne sich — und das ist das wesentlichste in der Agitation der französischen Presse — nach der ablehnenden Antwort der ungarischen Regierung nun nicht mehr um eine Unterfuchung, sondern nur um die Entscheidung über die gegen Ungarn zu ergreifenden Sanktionen handeln! Das Ziel der französischen Politik — man kann nach dem Mitwirken Briands an dem Telegramm Chenglos nicht mehr allein die Kreise um Poincaré dafür verantwortlich machen. — wird noch klarer, durch folgende französische Absichten: man will die Investigationsfrage im März im großen Stille aufziehen, um zu beweisen, daß das System der Investigation in seiner heutigen unter deutscher Mitwirkung 1926 zustande gekommenen Form nicht genügend wirksam sei. Diesem Mangel soll abgeholfen werden: 1. durch Abänderung der Investigationsordnung, 2. durch Erweiterung der Befugnisse des Ratspräsidenten in der Investigationsfrage.

Um jeden Widerstand im Räte selbst von vornherein unwirksam zu machen, soll durch das Vorgehen gegen Ungarn ein Präzedenzfall geschaffen werden, da dann, so argumentiert man in Paris, auch die Investigations- und Kontrollwünsche gegenüber Deutschland den Franzosen sozusagen wie eine reife Frucht in den Schoß fallen würden. Man will also gleich zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen, einmal die kleine Entente befriedigen und wieder mehr an Frankreich fesseln, zum andern Deutschland unter dauernde Kontrolle stellen, je nach Wunsch und Belieben der französischen Drahtzieher, denn — das spielt bei dem Plan der Erweiterung der Nachbefugnisse des Ratspräsidenten noch eine ausschlaggebende Rolle — die französischen Absichten laufen letzten Endes darauf hinaus, daß der Ratspräsident nur noch ein Funktionär des Quat d'Orsay wäre und der französische Einfluß im Räte, der durch England und den Eintritt Deutschlands wesentlich herabgemindert ist, wieder außerordentlich verstärkt werden würde.

Man ist reichlich dafür gesorgt, daß auch die französischen Bäume nicht in den Himmel wachsen; die Verhältnisse haben sich

seit 1918 wesentlich geändert. Man ist heute nicht gern mehr so heiß wie noch 1923, als Poincaré sich an der Ruhr die Zunge verbrannte. Aber man vergißt nur zu leicht, daß das Moment der Uebergriffung nicht ausgeglichen werden kann und daß Paris mit dieser Waffe außerordentlich geschickt zu operieren versteht. Chenglos Schritt ist dafür ein erster Beweis. Es ist notwendig, vor weiteren auf der Hut zu sein, und insbesondere Deutschland hat das größte Interesse daran, alle Sicherungen zu treffen, um zu verhindern, daß der Karren so verfahren wird, daß er nicht mehr zurückgeschoben werden kann.

Man mag über das Vorgehen Ungarns in der Zerstörung und Verfeinerung der Waffen von St. Gotthard denken wie man will, mag es für klug oder unklug halten, jedenfalls kann das Recht Ungarns zu dieser Maßnahme nicht bestritten werden. Auch das Schiedsgericht Paul-Boncour-Beneš-Politik, das an Chenglos Uebergriff nicht ganz unschuldig ist, und von seinem Eingreifen mit Schmunzeln Kenntnis genommen hat, hat es nicht gewagt, zu erklären, daß die Vernichtung des „corpus delicti“ auf die von Ungarn angewandte Methode als Grund für ein Eingreifen des Ratspräsidenten in die Souveränität eines Mitgliedsstaates ausreicht, um so weniger, als weder in der Völkerbundsatzung noch in der Satzung für das Investigationsverfahren dem Ratspräsidenten das Recht selbständigen Handelns gegeben ist — ausgenommen in Paragraph 11 der Völkerbundsatzung; wenn es sich um eine Kriegsdrohung oder um einen Fall handelt, in dem der Völkerbundsrat zum Einschreiten angerufen worden ist. Aber man will doch wohl nicht behaupten, daß in dem Vorgehen Ungarns eine Kriegsdrohung liege. Zwar gibt man sich in Paris und seinen Trabantenmetropolen hoffnungslose Mühe, diesen Grund zur Rechtfertigung Chenglos heranzuziehen, und wartet daher mit reichlichem „Anlagematerial“ gegen Ungarn auf. Aber ein frommer Wunsch genügt noch nicht dazu, eine Rechtsordnung außer Kraft zu setzen. Immerhin ist er begründet, denn es steht ja überhaupt noch nicht fest, ob der Rat zu dem Beschluß kommen wird, auf Grund der Anträge der Kleinen Entente zu einer Völkerbundsuntersuchung gegen Ungarn zu schreiten.

Wenn das „Echo de Paris“ meint, der Völkerbund werde mit den juristischen Problemen niemals fertig werden und daraus stillschweigend die Folgerung zieht: also die Völkerbundsatzung überräumen und sofort einschreiten, so wird man dem entgegenhalten müssen, daß es viel mehr notwendig erscheint, auf die Feststellung zu dringen, wie weit die Zuständigkeit des Ratspräsidenten zu einem selbständigen Eingreifen in die Souveränität eines Mitgliedsstaates geht.

Man wird es begrüßen müssen, daß Graf Bethlen eine so vornehme — sachliche Antwort auf den Uebergriff Chenglos gefunden und gleichzeitig um Ausdruck über das, daß Ungarn nicht gewonnen ist, sich auch nur die leiseste Verletzung seiner Rechte gefallen zu lassen.

Frankeichs Sicherheitspolitik.

Paris, 22. Febr. (Von unserem eigenen Pariser Vertreter.) Wenn man weiß, daß seit 1919 das Lieblingswort der französischen Politik sich in dem Worte „Sicherheit“ zusammenfassen läßt, versteht man auch das große Interesse, mit dem die Pariser Presse die gegenwärtigen Verhandlungen des Genfer Sicherheitsausschusses verfolgt. Nur vereinzelt begegnet man in Frankreich Auffassungen, wie sie etwa dieser Tage die „Gazette des Nations“ in die Worte kleidet: „Sicherheit! Macht der Worte! Es gibt keine absolute Sicherheit für die Völker. Es wäre gefährlich, das Abrüstungsproblem von absoluten Garantien abhängig zu machen, und es wäre rot, sich über die Worte zu einigen“. Man wird mit dem Blatte auch darin übereinstimmen können, daß

die Sicherheit vor allem ein psychologisches Problem ist. Soweit ist man aber in Frankreich im allgemeinen nicht und rechnet darauf, daß aus dem Schoße des Sicherheitsausschusses so etwas wie ein Standardvertrag nach dem Muster von Locarno geboten werde, der die Völker in den verschiedenen „bedrohten“ Teilen Europas zusammenpaare. Man ist sich aber nicht des inneren Widerspruchs bewußt, der darin besteht, auf der einen Seite die Verallgemeinerung des Locarno-Systems vorzuschlagen, dieses aber auf der anderen Seite als tot zu erklären. So meint wenigstens der „Figaro“ — und mit ihm leider nahezu die Gesamtheit der französischen Medien — in einem „Das Ende von Locarno“ überschriebenen Aufsatz.

„Locarno ist tot“, heißt es da u. a.: Die Zerlegung seines Kadavers würde die Atmosphäre verpesten, wenn sie es nicht schon durch dieses Beinhauen der Hoffnungen wäre, das die hauptsächlichste Frucht des Sieges ist. Locarno ist tot, aber man weiß nichts davon, weil seine Minister und seine Höflinge, alle die jenigen, die von ihm leben, sich darüber einigten, diese fatale Nachricht zu verheimlichen“. Bei einer solchen Weltanschauung ist es denn auch nicht verwunderlich, daß ein dem „Figaro“ so nahe stehendes Blatt wie der „Avenir“ die Ausdehnung der Schiedsgerichtsverfahren nach dem Muster von Locarno aufs heftigste bekämpft, weil dadurch das Reich immer irgend etwas erlangen und in Europa durch juristische Mittel eine Art latenter Gärung aufrecht erhalten könne. Wenn es nicht Paul-Boncour getan hätte, so hätte zum mindesten die Pariser Presse es nicht an der wünschenswerten Klarheit fehlen lassen, worauf es Frankreich bei diesem aufgezogenen Sicherheitsrummel antommt, nämlich die

Wahrung des status quo der „Friedensverträge“.

Besonders in letzter Zeit hat man in der neutralen und frankophilen Auslandspresse öfters auf die sonderbare Haltung Frankreichs als einer Siegernation hingewiesen, das nicht nur an seinem Siege zweifelt, sondern auch an seiner Macht und jeden Nationalstolz so weit vergißt, daß es stündig das Ausland um Garantierung seiner Sicherheit anfleht. Dieser Widerspruch äußert sich auch darin, daß Frankreich das stärkste Heer der Welt besitzt und um den militärischen Bestand aller anderen gegen einen „notorisch entwaffneten Gegner, der nichts von dem besitzt, was für eine wahre Kriegführung nötig ist, wie schwere Kanonen, Tanks, Kampflugzeuge, U-Boote usw.“ — wie der bekannte Politiker Duffières jüngst feststellte — winzelt. Man verkennt allerdings auch in nüchtern urteilenden französischen Kreisen nicht die

großen Gefahren der französischen Allianzpolitik in Mitteleuropa.

Zu dieser Ansicht gelangte selbst der Leiter der weithin bekannten Zeitschrift „Documents politiques, diplomatiques et financiers“, dessen Geständnis, die Militär- oder angeblichen Nichtangriffspakte zwischen Frankreich und Mitteleuropa enthielten alle geheime Militärklauseln, besonders wertvoll ist. Es war sicher auch ein recht merkwürdiges Zusammentreffen, daß Marschall Pilsudski mit der Mobilisierung der polnischen Armee gegen Litauen drohte, als der französische Marschall Franchet d'Esperey in mühseliger Mission in Polen weilte. Der offizielle Vorwand dieser Reise war allerdings die Verleihung der Militärmedaille an den polnischen Diktator, fand aber in Frankreich selbst keinen Glauben. Ähnlich ist es mit dem französisch-serbischen Vertrag, der den „Politischen und diplomatischen Dokumenten“ zufolge ein richtiger militärischer Allianzvertrag ist. „Frankreich spielt gegenüber Serbien“, wie es in den „Dokumenten“ heißt, „augenblicklich die Rolle, die Rußland von 1912 bis 1914. Es wird sich zum Instrument der Verwirklichung eines noch größeren Serbiens, selbst durch einen bewaffneten Konflikt, machen“. In diesen Rahmen fügt sich ganz konsequent auch die jüngste Reise des Ratspräsidenten des Quat d'Orsay und des wahren französischen Außenministers, Philippe Berthelot, nach Prag ein. Mit Zug und Recht konnte die obengenannte Zeitschrift die Frage aufwerfen, ob man nicht feststellen müsse, daß durch diese missi dominici eine wahre

Mobilisierung der mitteleuropäischen Alliierten Frankreichs

vorbereitet werde. Mag sein, daß es sich vorerst nur um eine „diplomatische Mobilisation“ handelt, die aber durch den geringsten Zwischenfall in eine militärische verwandelt und von neuem Europa in einen blutigen Konflikt stürzen würde. „Heute schon muß man für die Akten der Verantwortlichkeit diesem künftigen Kriege“, schreibt Mennevee in den „Dokumenten“, „feststellen, daß Frankreich, oder richtiger, die persönliche Politik Poincarés den größten Teil an dieser Schuld tragen wird.“

Diese Feststellungen ändern allerdings nichts an der Tatsache, daß Frankreich zur Verwirklichung seiner Hegemoniegepläne so tut, als ob es sich durch Deutschland bedroht fühle. Nur ist nicht verständlich, warum Frankreich bei dieser politischen Als-Ob-Philosophie und in seinem angeblichen Sicherheitsbedürfnis sich auf den

Unweg über das Weiße Haus und die Downing Street begibt. Früher, zur Zeit poincarischer Außenpolitik und des wöchentlichen Notenwechsels hat man genau gewußt, daß es eine Wilhelmstraße gibt. Sollte man sich heute deren Existenz nicht mehr erinnern? Deutschland hat genug — nach unserer Meinung manchmal sogar etwas übertrieben eifrig — zu verstehen gegeben, daß es ohne die Vermittlung von Amerikanern und Engländern zu Verhandlungen mit Frankreich bereit ist. Dieses aber beschuldigt Deutschland ohne Unterlaß, nicht das nötige zur Garantie der französischen Sicherheit zu tun, und wendet sich nach London und Washington, um derlei Verträge zu erhalten. Politik scheint doch ein verdammt kompliziertes Ding zu sein.

Die Schiedsgerichtsfrage vor dem Sicherheitsausschuß

Genf, 25. Febr. Im Sicherheitsausschuß wurden gestern die Verhandlungen über die Schiedsgerichtsbarkeit fortgesetzt, wobei im Mittelpunkt der Diskussion die Festlegung von Modellen für Schiedsgerichtsverträge stand. Der englische Delegierte

Lord Cusshendun

erklärte erneut, daß gegenwärtig ein allgemeiner obligatorischer Schiedsgerichtspakt nicht geschaffen werden könne, da ihm ein praktischer Wert gegenwärtig nicht beizumessen sei. Die Mehrheit im Ausschuss sei gegen den Gedanken eines allgemeinen Schiedsgerichtspaktes.

Die Delegierten von Italien und Japan

schlossen sich der englischen Auffassung an, wobei der japanische Delegierte die Revision eines Vertragsmodells für zweiseitige und für kollektive Schiedsgerichtsverträge empfahl. In der Debatte untertrifft der griechische Delegierte die Bedeutung, die die Herstellung von Schiedsgerichtsverträgen durch den Völkerbund haben würde. Auf Antrag des Präsidenten wurde sodann das Redaktionskomitee beauftragt, ein Modell für einen zweiseitigen und für einen kollektiven Schiedsgerichtsvertrag auszuarbeiten. Der letztere Vertragstypus ist als Vertrag zwischen mehreren Staaten anzusehen, der jedoch für den Beitritt weiterer Staaten offen steht. Die Debatte wandte sich sodann dem Beitritt zu den obligatorischen Schiedsgerichtsklauseln des Haager internationalen Schiedsgerichtshofes zu. Hierbei schlug Politik die Annahme einer Formel vor, nach der sich die Staaten zur Regelung juristischer Konflikte dem Haager Schiedsgerichtshof als oberster Instanz unterwerfen, jedoch soll in das Vertragsmodell eine Klausel aufgenommen werden, die die Vorbehalte der einzelnen Staaten berücksichtigt. Der deutsche Delegierte

von Simion

wies darauf hin, daß die deutsche Regierung bereits den Artikel 36 des Haager Statuts über die obligatorische Schiedsgerichtsbarkeit unterzeichnet habe. Die Ratifizierung stehe unmittelbar bevor. Die deutsche Regierung gebe der Vollmacht Ausdruck, daß auch die übrigen Staaten ihren Beitritt dazu erklären würden. Sodann gab

Paul Boncour

den Standpunkt der französischen Regierung in dieser Frage bekannt. Frankreich habe 1924 nach Abschluß des Genfer Protokolls seinen Beitritt zum Artikel 36 erklärt, jedoch unter dem Vorbehalt der Ratifizierung des Genfer Protokolls. Da diese zu mindestens vorläufig nicht zu erwarten sei, könne der Beitritt Frankreichs zu der obligatorischen Schiedsgerichtsbarkeit noch immer auf Schwierigkeiten stoßen. Paul Boncour betonte sodann, daß ein allgemeiner obligatorischer Schiedsgerichtspakt in seiner Bedeutung weit über den Artikel 36 des Haager Statuts hinausgehen würde, der eine genaue Aufzeichnung derjenigen Konflikte enthalte, die unter seine Bestimmung fielen. Danach könnten nur Konflikte juristischen Charakters vor dem Haag gebracht werden. Aber gerade die Konflikte politischen Charakters trügen das größte

In wenigen Worten

Die nächste Vollsitzung des Reichstages ist endgültig auf Montag, den 27. Februar, 15 Uhr anberaumt worden.

Der Zustand des erkrankten Reichskanzlers bessert sich zusehends. Nachrichten über einen Rücktritt aus Gesundheitsrücksichten werden von zuständiger Stelle dementiert.

Der König von Afghanistan besuchte gestern vormittag mit großem Gefolge das Rathaus der Stadt Berlin.

Der Verwaltungsrat der Deutschen Reichspost trat gestern zur Beratung des Nachtragsetats für 1927 und des Etats für 1928 zusammen. Der Reichspostminister hielt eine längere Rede über die Lage der Reichspost.

Nachdem die Arbeiter in Mitteldeutschland gestern die Arbeit wieder aufgenommen haben, hat der Gesamtverband deutscher Metallindustrieller die beschlossene Gesamtansparung aufgehoben.

Dr. Fetscher wurde vom Präsidenten Coolidge empfangen.

Risiko eines Ausbruches von Feindseligkeiten in sich. Von Simson drückte sodann den Wunsch aus, daß nach dem her-

Erweiterung der Machtbefugnisse des Völkerbunds-Präsidenten?

Genf, 25. Febr. Die vorgestern vom Präsidenten des Völkerbundes Tschanglosh an die ungarische Regierung gerichtete Empfehlung, den Verkauf der Maschinengewehre in

Die Aktion zur Erweiterung der Stellung des Völkerbundsrates würde jedenfalls zu einer grundsätzlichen Umgestaltung des Völkerbundsrates führen und im Gegentatz zu der Tendenz aller Völkerbundsarbeit stehen, nach der

Neue Autonomieverhandlungen im Elsaß.

Paris, 25. Febr. Wie die Abendpresse aus Mülhausen t. E. meldet, wurden gestern vormittag zwei Autonomisten, der Redakteur des „Elsässischen Kurier“, Sturmel, und der Geometer Schweitzer festgenommen und nach einer ersten Vernehmung durch den Untersuchungsrichter in das Gefängnis eingeliefert.

Beratungen der französischen Heereskommission

Paris, 25. Febr. Die Heereskommission des Senats setzte gestern vormittag ihre Beratungen über das Rekrutierungs-



Nehmen Sie es als geschehen hin. Bei meinem Vater, zu dem ich gehe, will ich täglich für Sie beten. — Nur eine Bitte noch, Frau Kaden, habe ich an Sie. Wenn Sie mir die

„Ich will.“
„Diesen Ring, Frau Kaden — noch meine Mutter schenkte ihn mir — soll er mir zum Andenken neben dem Ihren tragen. Ich kann und darf ihn ja nicht noch einmal sprechen, den ich —“ Ihre Stimme verlagte. Sie wendete sich ab.

Frau Kaden hielt den Ring in der Hand. Ein Sonnenstrahl huschte über den dunkelroten Rubin, der im Lichte war wie ein Tropfen hellen Blutes.

„Wenn er den meinen nimmt,“ sagte sie leise, „soll auch der Ihre an seinem Finger sein.“
Mit einem schluchzenden „Danke“ ging Fräulein Kerst hinaus.

„Ich kann Ihnen die erfreuliche Mitteilung machen, verehrte Herrschaften, daß mein Mandant in zehn Minuten frei sein wird,“ sagte der Anwalt, der kurz nach Fräulein Kersts Weggang das Zimmer betreten hatte. „Wenn Sie ihm gratulieren wollen, bin ich gern bereit, Sie zu führen.“
„Mein lieber Herr Rechtsanwalt,“ antwortete Kaden, der sich schon wieder ganz in der Gewalt hatte, „bei dem Gratulieren glaube ich, bin ich schon zuviel.“
„Ja so — dann, ja dann bitte ich sehr um Entschuldigung.“
„Wissen denn die Herrschaften den Weg?“
„Leider nicht oder Gott sei Dank nicht! Man weiß hier wirklich nicht, wie man sagen soll.“
„Also zum Hauptausgang hinaus, rechts die Straße ent-

fehrt, für die sich Mannschaften und Unteroffiziere verpflichten können, wurde ebenfalls vorgenommen. Die Dienstdauer variiert je nach Truppengattung und Grad zwischen sechs Monaten und 15 Jahren. Die Entschädigung steigert sich in dem gleichen Verhältnis von 500 bis 12 000 Franken.

Das Echo der österreichischen Kundgebung für Tirol

Rom, 25. Febr. Ueber die vorgestrige Sitzung des österreichischen Nationalrates schreibt der „Messagero“, sie müsse als antikatholisch bezeichnet werden. Zum drittenmal habe innerhalb kurzer Zeit in gesetzgebenden Versammlungen Österreichs eine Kundgebung für Südtirol stattgefunden. Einer scharfen Kritik unterzieht dann das Blatt die Rede des christlichsozialen Abgeordneten Kolb, dem es Geschichtsfälschung vorwirft. Auf die Erklärung beziehe sich wohl auch die Ueberschrift der Meldung, nachdem die Wahrheit über das Regime in Südtirol im österreichischen Nationalrat unverschämte entstellt worden sei. Die Ausführungen des Bundeskanzlers Seipel werden vom „Messagero“ ausführlich wiedergegeben. Das Blatt beschränkt sich darauf, zu bemerken, daß man annehme, die Erklärungen Seipels hätten den Zweck, eine italienische Antwort hervorzurufen.

Ausdehnung des Bergarbeiterstreiks in der Tschechoslowakei

Prag, 25. Febr. Die Lage in der Tschechoslowakei hat eine bedeutende Verschärfung dadurch erfahren, daß nun auch die Bergarbeiter des Reviers von Kladno den Bergwerkesbesitzern Lohnforderungen überreicht haben. Sie forderten eine 20prozentige Erhöhung. Falls keine günstige Antwort bis Sonntag eingelaufen ist, beginnt schon am Montag der Streik. Auch zwischen den Vertretern der staatlichen Grubeneverwaltungen und den Bergarbeitern im Handlower Kohlenbezirk sind die Lohnverhandlungen ergebnislos abgebrochen worden. Die Streikparole für dieses Revier wird voraussichtlich schon heute ausgegeben werden. Die vorgestrigen Verhandlungen im Arbeitsministerium, die dem Streik im nordwestböhmischen Revier galten, wurden abermals auf heute vertagt. Trotz der angelegten Bemühungen der Räte, wurde kein positives Ergebnis erzielt.

Feier der zehnjährigen Selbständigkeit Estlands

Reval, 25. Febr. (Zuspruch.) Gestern feierte Estland seine zehnjährige Selbständigkeit. Illuminationen und große Festlichkeiten fanden überall statt. Das Manifest, welches von der Staatsversammlung an die Bevölkerung gerichtet wurde, lautet u. a.: Das Selbstbestimmungsrecht Estlands achteten weder die russischen Revolutionäre, noch die siegreichen deutschen Militärführer. Die einen vertrieben mit Gewalt alle unsere auf demokratischer Grundlage errichtete Selbstverwaltungs- und Regierungsbehörden, die anderen setzten ihre siegreichen Truppen in Bewegung, um unser Land und Volk zu unterwerfen. Am 24. Februar 1918 kam es zum Umsturz. Die kommunistischen Machthaber ergriffen die Flucht, während die deutschen Truppen noch auf dem Wege waren, unser Land zu okkupieren. In einer Zeit, da niemand wußte, wer als Sieger aus dem Weltkriege hervorginge und der Bestimmende im Völkerschiedel werden würde, richtete sich unser Volk empor, getragen von hohen Idealen und Hoffnungen und von reifer innerer Kraft. Dieses Emporkommen war innerlich berechtigt, es folgte aus der kulturellen Entwicklung des estnischen Volkes. Das beständige der Ausdauer des Krieges und das Schicksal der uns umgebenden Großstaaten. Die russischen kommunistischen Machthaber beantworteten die Proklamierung unserer Selbständigkeit mit einem Verträge, der den deutschen Truppen das Recht zugestand, unser Land zu okkupieren. Die Okkupierenden achteten nicht auf den Willen unseres Volkes, sondern lösten unseren Landtag und alle Selbstverwaltungen auf. Sie setzten die deutsche Sprache überall an die erste Stelle und beriefen endlich nach eigener Wahl Landtage, die um Angliederung Estlands an Deutschland bitten sollten. Dies war für das estnische Volk eine Zeit schwerer Prüfungen. Wir erfahren, was uns zuteil geworden wäre, wenn uns das Schicksal an das deutsche Kaiserreich gefesselt hätte. Der Zusammenbruch der deutschen Militärmacht bedeutete die Okkupation und befreite uns von der erniedrigenden Ungerechtigkeit und dem das Nationalgefühl verletzenden Druck.

Der deutsche Gesandte war den Feierlichkeiten ferngeblieben. Die hiesige Gesandtschaft sieht in diesem Erlaß eine offene Unfreundlichkeit gegen Deutschland. Man erwartet diplomatische Schritte. Es darf daran erinnert werden, daß der estländische Staatsälteste zu den schärfsten Gegnern des Deutschtums zählt.

lang, bis zum ersten Eijentor in der Steinmauer. Da müssen Sie warten bis —. Na ja.“
„Vielen Dank, Herr Rechtsanwalt.“
„Aber ich bitte! — Habe die Ehre, gnädige Frau! Wiedersehen, Herr Kaden.“

Am ersten Eijentor in der Steinmauer standen Frau Carla Kaden und ihr Schwager Harro.

Sie warteten. — Frau Carla mit klopfendem Herzen, einen Strauß roter Rosen im Arm — er in jener Stimmung, wie sie Menschen befeht, die einen Lebenswunsch erfüllt sehen.

Da schlug im Hofe hinter der Mauer eine Tür zu und wenige Minuten später öffnete sich das Außentor.

Sohr trat auf die Straße.
Er sah die beiden stehen, die Frau mit den Rosen und Kaden barhäuptig und sah die Frau langsam auf sich zukommen: Wie das Glück, wie die Freude, wie ein süß-festes Bejahren.

„Das Wunder! — Gott — Dein Wunder,“ flüsterten die Lippen.

Da stand Frau Kaden ganz nahe vor ihm.
Wie vor Stunden wieder ruhten ihre Augen ineinander, zielten sich ihre Blicke fest, bis sich ihre Häupter senkten zu stillen Grüben.

Wortlos, mit zitternden Händen, reichte sie ihm die Rosen hin und ebenso nahm sie Sohr in Empfang. Dann ergriff sie seine Rechte und schob ihm den Ring auf den Finger.

Sohr sah nieder auf den schmalen Goldreif mit dem roten Stein.

„Margrets Ring! — An meiner Hand?“

„Sie gab ihn mir — für dich zu liebem Gedenken und dat: Du möchtest ihn tragen — neben dem meinen.“

Sohrs Stimme klang wie Jubel und Weinen, als er jagte: „So — gib mir — den deinen — Carla.“

— Ende. —

Der Afghanen-König in Berlin Im Berliner Rathaus

Berlin, 25. Febr. Die Stadt Berlin bereitete gestern dem afghanischen Königspaar im Rathaus einen Empfang.

Oberbürgermeister Dr. Vöb

und Staöverordnetenvorsteher Haß empfingen das Königspaar an der Rathhaustüre und geleiteten es zum Stadtvorordnetenversammlungssaal. Das Rathaus war mit hohen Lorbeerblumen umgeben. Der Gartenbaudirektor der Stadt Berlin, Prof. Barth, überreichte dem Königspaar einige kostbare Rosen. Zwischen dem Afghanenkönig und dem Oberbürgermeister Vöb wurden Trinksprüche gewechselt. Der Oberbürgermeister hieß den König und die Königin in der Reichshauptstadt willkommen und begrüßte in ihnen die Majestäten eines aufstrebenden Landes, an dessen Entwicklung auch die deutsche Arbeit hervorragenden Anteil nehmen dürfte.

Auf die Ansprache des Oberbürgermeisters Vöb antwortete König Aman Ullah mit herzlichen Worten, daß er die Bildermappe als Geschenk der Stadt Berlin als treues Andenken annehmen werde, da er die Erinnerung an Berlin, die Hochachtung vor seinen Einwohnern und die Garkfreundschaft dieser Stadt nie vergessen werde.

Er wünsche herzlich, die freundlichen innigen Gefühle dieser Nation für immer erhalten zu sehen.

Die Ehrenpromotion in der technischen Hochschule

Am Nachmittag besuchte der König von Afghanistan die Berliner Technische Hochschule, um die ihm zugeordnete Würde eines Dr. Ing. h. c.

entgegenzunehmen. Der Rikthof der Technischen Hochschule war bis auf den letzten Platz gefüllt. Rings an den Wänden standen die Chargierten der Korporationen mit ihren Fahnen und gegenüber den Ehrenplätzen, zu deren beiden Seiten der Senat der Hochschule in seiner Amtstracht Platz genommen hatte, hingen Fahnen in den Reichsfarben und Afghanistans herab. Dann betrat König Amanullah mit seinem Gemahle und seiner deutschen Begleitung, geleitet von dem preussischen Kultusminister Dr. Beder und dem Rektor Prof. Dr. Voost den Rikthof, begrüßt von den Klängen des akademischen Orchesters. Dann betrat Rektor Dr. Voost das Rednerpult und richtete an den König eine Ansprache, in der er zunächst für den Besuch dankte und den König im Namen der Technischen Hochschule auf das herzlichste begrüßte. Der König bezeugte damit ein außerordentliches Interesse für die deutsche technische Wissenschaft sowie für deutsches technisches Vollen und Können. Der Redner ging dann in längerer Ausführungen auf die Beziehungen zwischen der Hochschule und Afghanistan ein, die schon 1922 angeknüpft worden seien, als Geheimrat Briz eingeladen wurde, tüchtige technische Sachverständige für den Bau der neuen Hauptstadt Darulaman zu empfangen. Seitdem seien zahlreiche deutsche Ingenieure in Afghanistan tätig. Im weiteren Verlauf seiner Ansprache wies der Rektor auf die umfangreichen Lieferungen deutscher Firmen für den Aufbau der neuen Stadt sowie für Fabriken und Kraftwerke hin und gedachte weiter der Entsendung afghanischer Studenten an die Berliner Technische Hochschule.

So sei der König zum verdienstvollen Förderer der technischen Wissenschaften geworden.

weshalb ihm Rektor und Senat der Hochschule die Würde eines Dr. Ing. ehrenhalber verliehen. Der Rektor überreichte darauf dem König die Verleihungsurkunde. Er wandte den Wunsch, daß der König der Hochschule und damit Deutschland seine Freundschaft dauernd bewahren möge. Der König dankte darauf in herzlichen Worten, die zugleich von dem Berliner afghanischen Gesandten verdolmetscht wurden. Mit den Klängen der afghanischen Nationalhymne fand die Feier ihren Abschluß. Die Gäste besaßen sich darauf in das Hochspannungslaboratorium von Prof. Dr. Orlik, wo ihnen eine Reihe von Experimenten vorgeführt wurden.

Festvorstellung in der Städtischen Oper

In der Berliner Städtischen Oper fand am Abend die Festvorstellung zu Ehren des afghanischen Königspaares statt. Vor dem Gebäude hatte sich eine große Zuschauermenge versammelt, die das Königspaar und den Reichspräsidenten bei der Ansahrt lebhaft begrüßte. Kurz nach 8 Uhr betraten der König und die Königin, begleitet vom Reichspräsidenten, die Festloge unter den Klängen der afghanischen Nationalhymne. Anschließend wurde das Deutschlandlied gespielt. In den Logen erblickte man nahezu sämtliche Reichs- und Staatsminister, ferner das gesamte diplomatische Korps unter Führung von Kreinin, zahlreiche Staatssekretäre, den Reichstags- und den Landtagspräsidenten, sowie viele andere bedeutende Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens.

Die Reformen bei der Reichspost

Berlin, 25. Febr. Der Verwaltungsrat der Deutschen Reichspost trat gestern zur Beratung des Nachtragsplans für 1927 und des Etats für 1928 zusammen. Der Reichspostminister gab in dieser Sitzung zunächst eine Darlegung von der Lage der Reichspost. Er erklärte, daß von einem ungünstigen Einfluß der letzten Gebührenerhöhung keineswegs mehr gesprochen werden könne. Der Postverkehr sei sogar gestiegen. Mit dem 1. April wird die Reform der Oberpostdirektion eine Verringerung von 115 Arbeitsplätzen bringen. Die 36 Betriebswerkstätten werden auf fünf verringert. Die Rationalisierungsmaßnahmen haben allein im letzten Vierteljahr 740 Arbeitskräfte eingespart. Durch Erleichterung von Mechanisierungsanlagen an 360 Postorten wird eine Personalersparnis von 30 Prozent erzielt. Auch die Normung der Postgeräte macht weitere Fortschritte.

Erweiterungsrat der Reichspost.

Berlin, 25. Febr. Bei der Beratung der Nachträge für 1927 erklärte Reichspostminister Dr. Schägel, daß die Reichspost vorübergehend einen Betriebsmittelfredit zur Verfügung stellt, der durch eine Postanleihe zum April abgelöst werden soll. Dasselbe gilt für die vorübergehende Finanzspruchnahme der Postbedeuler. Zur Anleihepolitik und den Investitionen äußert sich der Minister dahin, daß bei Anleihen Rücksicht auf Entlasten des Sparkommissars genommen werden müßte. Danach sind Anleihen nur zulässig zur Erschließung neuer Einnahmequellen oder um bestehende Einnahmequellen ertragsreicher zu gestalten, oder wenn Ersparnisse in solchem Umfang eintreten, daß dauernd mindestens die Verzinsung und die Abschreibungen ausgeglichen werden. Zu beachten sei, daß sich das Vermögen der Deutschen Reichspost infolge der Investitionen in den letzten vier Jahren um eine Milliarde auf 2,5 Milliarden

erhöht hat. Hierzu gehört, daß bereits 28 Prozent familiärer Fernsprechanlagen automatisch sind. Diese Investitionen sind ausschließlich der deutschen Wirtschaft zu gute gekommen. Der Nachtragsetat für 1927 wird darauf genehmigt.

Weitere Erklärungen Dr. Schäfers im Verwaltungsrat der Reichspost.

Berlin, 25. Febr. In der allgemeinen Aussprache zum Voranschlag für 1928 im Verwaltungsrat der Reichspost hielt Reichspostminister Dr. Schäfer an seinem Standpunkt in der Frage der durch das Postfinanzgesetz vorgesehenen Ablieferung fest. Ein Grund dafür sei, daß das Vermögen des Reiches, das die Post zu verwalten habe, gewachsen sei; zu berücksichtigen sei weiter, daß von 1928 ab die vollen Reparationszahlungen zu laufen beginnen. Da könne die deutsche Reichspost gegenüber der Reichsbahn nicht zurückbleiben. Vom Standpunkt der Wirtschaft sei die Aufhebung des Postfinanzgesetzes zu bedauern. Die Etatsansätze für das Fernsprechnetzprogramm entsprächen den Bedürfnissen der Reichspost und der Wirtschaft. Aufträge würden nicht zurückgezogen, sondern nur in ihrer zeitlichen Ausführung gestreckt. Mögliche größere Arbeiterentlassungen würden vermieden werden. Mittel für einen Nachtragsetat würden noch angefordert werden. Die Gebührenermäßigung für Fernsprecher sei wegen der Finanzlage der Post im Augenblick nicht möglich. Im Kraftverkehr solle die Post den Personenverkehr, die Reichsbahn- und die Kraftverkehrsvereinigungen den Güterverkehr besorgen. Klein kaufmännisch könne die Post nicht arbeiten. Sie müßte sonst alle Zweige einnehmen, die sich nicht rentierten, wie den Zeitungsbetrieb, den Postfachverkehr und auch den Telegraphenverkehr. Dies würde aber niemand wünschen. Damit war die allgemeine Aussprache abgeschlossen. Die nächste Sitzung findet heute statt.

Zusammenritt des Reichstages am 27. Febr.

Berlin, 25. Febr. Die nächste Vollziehung des Reichstages ist jetzt endgültig auf Montag, den 27. Februar, 15 Uhr anberaumt worden. Auf der Tagesordnung steht die Entgegennahme einer Erklärung der Reichsregierung in Verbindung mit der Fortsetzung der zweiten Beratung des Haushaltsplanes des Reichsministeriums, des Reichsanwalts und der Reichsanwälte.

Besserung im Befinden des Kanzlers

Berlin, 25. Febr. In der Presse verbreitete Nachrichten, wonach der Reichskanzler infolge seines Gesundheitszustandes beabsichtigt, zurückzutreten, werden von zuständiger Stelle demontiert. Der Gesundheitszustand des Reichskanzlers bessere sich vielmehr zusehends. Er würde allerdings noch einige Wochen brauchen, um gesundheitlich wiederhergestellt zu sein.

Die Metallarbeiterausperrung aufgehoben

Berlin, 25. Febr. Nachdem die Arbeiter in Mitteldeutschland getrennt die Arbeit wieder aufgenommen haben, hat der Gesamtverband Deutscher Metallindustrieller die beschlossene Seilantensperrung aufgehoben.

Badischer Landtag

Das Besoldungs-gesetz mit großer Mehrheit angenommen.

Karlsruhe, 25. Febr. Präsident Dr. Baumgartner eröffnete die getrige Sitzung um 9.15 Uhr. Unter den Neueingängen befand sich ein vom Kultusminister vorgelegter Gesetzentwurf über die Änderung des Ortskirchensteuergesetzes, der dem Haushaltsausschuß überwiesen wurde.

Abg. Schmittbender (Bürgl. Vgg.) und Genossen verlangte in einer kurzen Anfrage von der Regierung über eine Neuorganisation des Reichswehrministeriums Gröner bezüglich des Reichsbanners anlässlich der Beratung des Reichswehretats im Reichstag. In Beantwortung dieser kurzen Anfrage erklärte der Ministerialrat Imhof: Die Regierung sei außerstande, hierüber Auskunft zu geben, weil eine amtliche Mitteilung über diese reichswehrministerielle Neuorganisation noch nicht vorliege. (Große Heiterkeit im Hause).

Abstimmung über das Besoldungs-gesetz.

Der Präsident gab bekannt, daß zu dem Gesetzentwurf 157 Änderungsanträge vorliegen.

Der Gesetzentwurf wurde in der sofort vorgenommenen Abstimmung in erster Lesung mit 46 Stimmen gegen die 3 kommunistischen Stimmen bei 4 Enthaltungen (die Abg. Joller und Hertle vom Landbund, sowie Herrmann und von Au von der Wirtschaftlichen Vereinigung) angenommen. Die Abstimmung über die kommunistischen Änderungsanträge.

Artikel II des Gesetzes (Kostenaufwand 7100000 Mk.) wurde mit 43 Stimmen gegen 1 kommunistische Stimme bei 7 Enthaltungen der Wirtschaftlichen Vereinigung, des Landbundes und zweier Kommunisten ebenfalls angenommen.

Die Besoldungsordnung A (aufsteigende Gehälter) wurde mit 52 Stimmen gegen 8 (Landbund, Wirtschaftliche Vereinigung und Kommunisten) angenommen; Besoldungsordnung B (feste Gehälter) mit 49 gegen 6 (4 Kommunisten sowie die Abg. Joller und Hertle vom Landbund) bei 5 Enthaltungen (Schmittbender, Richter, Land (Dn.Volksp.), von Au und Herrmann (Wirtsch. Vergg.).

Darauf wurde in erster Lesung die gesamte Besoldungsordnung mit 52 gegen 8 (Kommunisten, Landbund u. Wirtschaftliche Vereinigung) bei keiner Enthaltung ebenfalls unter Ablehnung sämtlicher kommunistischer Änderungsanträge angenommen. Der Passus, der den Wohnungsgeldzuschuß regelt, wurde gegen die vier kommunistischen Stimmen angenommen.

Die zweite Lesung der beiden Gesetzentwürfe ergab das gleiche Stimmenverhältnis. Die Kommunisten geben eine Erklärung ab, in der sie das vorliegende Gesetz als ein Klassengesetz bezeichnen.

Die Entschuldigungen.

Angenommen wurden ferner folgende Entschuldigungen:

1. Die Regierung wird ersucht, bei der Reichsregierung darauf hinzuwirken, daß durch eine sozialere Gestaltung der Kinderzuschläge den berechtigten Forderungen der kinderreichen Beamtenfamilien sowie den Interessen einer gesunden Bevölkerungspolitik Rechnung getragen wird.

2. Der durch den Reichsrat beschlossene Abbau der örtlichen Sonderzuschläge wird den Verhältnissen des Grenzlandes Baden nicht gerecht. Die Art der Durchführung des Abbaues hebt zudem für viele Beamte die Auswirkung der zur Zeit im Gang befindlichen Besoldungsneuordnung arbeitsentwärtlich auf.

Die Regierung wird ersucht, bei der Reichsregierung

wenigstens eine schonendere Durchführung der getroffenen Maßnahmen zu erwirken.

3. Die Regierung wird ersucht, bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß die Neuaufstellung des Ortsklassenverzeichnis baldmöglichst durchgeführt und hierbei auf die besonderen Verhältnisse des Grenzlandes Badens weitgehend Rücksicht genommen wird.

4. Der Landtag ersucht die Regierung dafür besorgt zu sein, daß nichtplanmäßige Beamte, die nach ihrem Dienstalter an die planmäßige Anstellung herantreten, wenn sie nicht selbst sich um freie planmäßige Stellen bewerben, auf solche Stellen verjezt werden. Dabei wolle beachtet werden, daß die planmäßigen Stellen in den Städten in erster Linie Beamten mit Kindern, die die höheren Schulen oder besondere Fachschulen besuchen sollen, übertragen werden. Schwerverkriegsbeschädigte, deren Gesundheitszustand den dauernden Aufenthalt in Städten mit häuslicher ärztlicher oder klinischer Nachbehandlung erfordert, sollen tuncächst berücksichtigt werden.

5. Die Regierung wird ersucht, zu prüfen, inwieweit die Anrechnung unverschuldeter Wartezeit nicht verwendeter Junglehrer und Junglehrerinnen auf das Vergütungsdienstalter in Frage kommt.

Sämtliche Parteien, mit Ausnahme der Kommunisten, brachten im Anschluß an die vorstehenden Entschuldigungen noch folgenden Antrag ein, der ebenfalls angenommen wurde:

Die Regierung wird ferner ersucht, zu prüfen, ob bei entsprechender Befahrung der Finanzlage des Staates die Aufhebungsbeamten nach Maßgabe dieses Gesetzes eingesetzt werden können.

Die Regierung wird ferner ersucht, im Anschluß an die Reichsregierung für die Reichsstaatsarbeiter auch für die badischen Staatsarbeiter und Angestellten bei neuem Tarifabschluß für eine soziale Regelung der Löhne der Staatsarbeiter und Angestellten besorgt zu sein.

Erledigung fanden mit Annahme der beiden Gesetzentwürfe auch die inzwischen auf 105 angewachsenen Besuche zu dieser Materie.

Volkstrauertag.

Die Fraktionen der Bürgerlichen Vereinigung und der Deutschen Volkspartei stellten einen Antrag, die Regierung zu ersuchen, bis zur reichsgerichtlichen Regelung im Lande Baden den Tag, der als Trauertag für die Gefallenen gefeiert wird, als einen gebotenen Festtag zu erklären, an dem alle Veranstaltungen nicht ernsten Gehaltes verboten sind.

Der Reichspflegerausschuß beantragte hierzu, diesen Antrag durch die Regierungserklärung für dieses Jahr für erledigt zu erklären. Unter Ablehnung eines kommunistischen Antrages, die Angelegenheit überhaupt für erledigt zu erklären, stimmte das Haus dem Antragsantrag zu.

Es erfolgte sodann noch die Wahl der ehrenamtlichen Mitglieder zum Finanzgerichtshof, deren Zahl sich von 40 auf 49 erhöht hat. Die neun neu hinzugewählten Mitglieder sind ausschließlich Vertreter der Arbeitnehmerseite.

Zum Schluß sprach der Präsident dem Minister und seinen Referenten den herzlichsten Dank des Hauses aus für die intensive Arbeit, die sie für die günstige Erledigung der Besoldungsgesetzentwürfe geleistet haben.

Nächste Sitzung unbestimmt. Schluß 11 Uhr.

Änderung des Badischen Landtagswahlgesetzes.

Karlsruhe, 25. Febr. Dem Badischen Landtag ist der Entwurf eines Gesetzes über Änderung des Landtagswahlgesetzes zugegangen. Nach demselben sollen die Bestimmungen des Landtagswahlgesetzes vom Mai letzten Jahres aufgehoben werden, die sich gegen die sogenannten Splinterparteien richten. Der Gesetzentwurf war notwendig geworden, nachdem der Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich in dem Urteil vom 17. Dezember 1927 ausgesprochen hatte, daß irgendetweil ungleiche Voraussetzungen für die Einreichung von Wahllooschlägen unzulässig sind.

Aus Nah und Fern.

3 Sinshem, 24. Febr. (Ein Friß Romeo-Abend.) Es ist dem Ortsverein „Bad. Heimal“ Sinshem gelungen, den badischen Lokaldichter Friß Romeo-Karlsruhe zu einem Vortragsabend am 29. Febr. 28 zu gewinnen. Romeo wird uns eine Reihe seiner humoristischen Gedichte zu Gehör bringen. Auf diesen lustigen Abend wird heute schon hingewiesen.

5 Sinshem, 25. Febr. (Ein Hirtenbrief über die Ehe.) Am kommenden Sonntag wird in den Kirchen der Erzdiözese Freiburg ein Hirtenbrief des Erzbischofs Karl zur Verteilung gelangen, der sich mit dem Problem der Ehe gegenüber dem unchristlichen und unkirchlichen Geist, der sich heute in bezug auf die Ehe geltend macht, befaßtigen wird.

4 Sinshem, 24. Febr. (Hat der Gewerbelehrer das Züchtigungsrecht?) Ueber diese prinzipielle Frage hatte das Jugendgericht in Saarouis zu entscheiden. Der Sache lag folgendes zugrunde: Am 15. Dez. 1927 hatte der Fachlehrer K. von der Gewerbeschule in Saarouis beim Einmischen der Zeugnisse einen Schüler dabei betroffen, als dieser in seinem Zeugnis vor den durch den Lehrer eingetragenen Prädikaten „gut“ die von fremder Hand mit Bleistift davorgesetzte Bezeichnung „sehr“ wegradieren wollte. Auf seine Frage, wer das geschrieben habe, wurde dem Lehrer der 17-jährige Schreinerlehrling Joh. S. aus Sinshem angegeben. Der Lehrer wandte sich an den ihm bezeichneten Schüler S. und machte ihn darauf aufmerksam, daß er deshalb wegen Urkundenfälschung bestraft werden könne. Als Antwort ertönte ein Gemurmel, aus dem der Lehrer herauszuhören glaubte, er (der Schüler) könne tun, was er wolle. K. hielt dadurch die Autorität der Schule für gefährdet und verfezte dem Schüler eine Ohrfeige und nach einer weiteren ungebührlichen Antwort eine zweite. Hierauf gab ihm der Schüler einen Schlag auf das Auge, der allerdings keine nennenswerten Folgen hatte. S. wurde unter Anklage der Körperverletzung vor die Schranken des Gerichts zitiert. Das Gericht trat der Meinung des Klägers bei, daß dem Lehrer in Vertretung des Meisters das Züchtigungsrecht zustehe und unter Belohnung dessen, daß es ein unerhörtes Benehmen sei, vor der Klasse einen Lehrer zu schlagen, wurde daher der Angeklagte wegen Körperverletzung unter Berücksichtigung mildernder Umstände zu einer Geldstrafe von 100 Franken bzw. ersahwelle 10 Tagen Haft und zu den Kosten des Verfahrens verurteilt.

5 Sinshem, 24. Febr. (Mischsendungen, Warenproben und Druckfaden nach dem Ausland.) Wie das Reichspostministerium mitteilt, ist von fremden Postverwaltungen in letzter Zeit wiederholt zur Sprache gebracht worden, daß die aus Deutschland eingehenden Warenproben das zulässige Meißengewicht von 500 Gr. häufig überschreiten. Auch in Mischsendungen sollen schwerere Warenproben unzulässigerweise aufgenommen werden. Ferner sollen als Druckfaden bezeichnete Sendungen nicht selten alle möglichen Waren, z. B. künstliche Blumen, Kaufschukartikel, Schokolade, Stempel, Klischees, Lichtbildstreifen usw. enthalten. Da diese unvorschriftsmäßigen Sendungen den fremden Postanstalten beauftragt und nach dem Ausgabeort zurückgeschickt werden, werden

die deutschen Abender gut tun, die für Druckfaden, Warenproben und Mischsendungen nach dem Ausland erlassenen Verwendungsvorschriften genau zu beachten. Die deutschen Postanstalten sind angewiesen, die offenen Briefsendungen nach dem Ausland sorgfältiger als bisher auf ihre Beschaffenheit zu prüfen und die unzulässigen Sendungen von der Beförderung auszuschließen.

3 Sinshem, 23. Febr. (Erholungsheim für Krieger.) Die Frage der Errichtung bzw. des Ankaufes eines Erholungsheimes für die Mitglieder des Badischen Kriegerbundes ist vom Bundespräsidium erneut geprüft worden. Man mußte aber wiederum feststellen, daß ein Erholungsheim aus eigenen Mitteln weder gekauft, noch erstellt werden kann. Das Heim soll den durch den Krieg und ihre Leiden schwer mitgenommenen Mitgliedern zu Erholungszwecken dienen. Man wird daher zunächst versuchen, durch Sammlung unter den etwa 100000 Mitgliedern, die der Badische Kriegerbund zählt, die erforderlichen Gelder zusammenzubringen.

3 Sinshem, 23. Febr. (Jährlich 5000 Opfer der Kurpfuscherei in Deutschland.) Das Reichsgesundheitsamt beziffert die Zahl der Todesopfer der Kurpfuscherei in Deutschland jährlich auf mehr als 5000, die der Patienten, die durch unsachgemäße Behandlung auf Lebenszeit schweren Schaden erleiden, noch weit höher. Nach behördlicher Statistik betreiben in Deutschland etwa 50000 sogenannte Heilkundige ihr Handwerk und in Berlin allein gibt es fast 100 Heilanstalten, in denen nach den verschiedensten Pflanzerezepten kuriert wird. Besonders in der Nachkriegszeit hat die Zahl der Kurpfuschertums erheblich zugenommen. Zur Bekämpfung des Kurpfuschertums hat sich ein Bund der durch Kurpfuscherei geschädigten Patienten gebildet.

3 Sinshem, 23. Febr. (Ein Jubiläum des Fahrrades.) In den Monat Februar fällt ein Jubiläumstag der Geschichte des Fahrrades. Vor 110 Jahren im Februar hatte der Fortmeister Freiherr Drais von Sauerbronn für die von ihm erfundene Laufmaschine, aus der sich später das Velociped und dann das Fahrrad entwickelt hat, ein Erfindungspatent auf zehn Jahre erhalten. Kurz vorher, am 28. Januar 1818, war dem Erfinder der Maschine, offenbar als Anerkennung für sein Werk, der Titel des Professors der Mechanik erteilt worden. Mit seinen Erfindungen hatte Freiherr von Drais, wie es schon manchem Erfinder gegangen ist, aber wenig Glück. Sie brachten ihm nicht nur keine Einnahmen, sondern kosteten ihm sein Vermögen und auch sein Amt als Fortbeamter. Lange Zeit lebte Drais in Mannheim; seine letzten Lebensjahre verbrachte er in Karlsruhe, wo er im Dezember 1831 zur letzten Ruhe gebettet wurde. Die dortigen Radfahrervereine haben dem wackeren Erfinder an der Kriegsstraße ein Denkmal errichtet.

4 Steinsfurt, 25. Febr. (Obstbau.) In einer gut besuchten Versammlung in der Bahnhofswirtschaft sprach Herr Obstbauinspektor Brucker über Pflegemaßnahmen und Schädlingsbekämpfung unserer Obstbäume. Einleitend hob er hervor, daß das Ertragnis nur durch eine allseitige sachgemäße Pflege gesteigert werden könne. Er teilt die Pflegemaßnahmen ein in Wurzelbehandlung, Düngung, Bodenbearbeitung, Kronenpflege und Schädlingsbekämpfung. Da die Obstbäume wie alle Pflanzen zu ihrem Aufbau, Wachstum und der späteren Fruchtbarkeit Nahrung benötigen, hob der Redner als besonders wichtig die Düngung hervor. Der beste Dünger ist der natürliche, weil er Humus bildet und alle Stoffe enthält, die der Baum zum Aufbau und Wachstum braucht und sie durch seine Bakterientätigkeit fördert. Da aber Stallmist und Jauche zur genügenden Düngung nicht ausreichte, wurde darauf hingewiesen, daß die Verwendung des Kunstdüngers zur richtigen Zi. auf entsprechender Bodenzusammensetzung gegeben, stets seine Wirkung tut und die Auslagen durch bessere Ernten entlohnt. Als Rezept für Vollkondüngung kann auf das Ar gegeben werden 4-5 Kilogr. Thomasmehl, 3-4 Kilogr. Superphosphat, 5 Kilogr. 40proz. Kali und 5-6 Kilogr. Kalkstickstoff. Ebenso wichtig wie die Düngung schien Herr Brucker die Kronenbehandlung, die er in Ausputzen und Umzweigung unterscheidet. Das Ausputzen hat den Zweck, Luft, Licht und Sonnenschein bis zu den innersten Zweigen freie Bahn zu machen. Beim Umzweigen kommen 4 Punkte in Frage, 1. richtiges Abwerfen (Apfelbäume im Winkel von 100 Grad, Kirsch- und Birnbäume etwa 75-80 Grad, 2. sachgemäße Vereidung, 3. Sortenwahl (nur solche, welche in unserer Gegend gut gedeihen, dem Sortenwirtwar ein Ende machen, insbesondere da den Obstzüchtern hierzu Reichshilfe gewährt werden, 4. Nachbehandlung (auf 2-5 Jahre verteilen, Behandlung der Edeltriebe, Wasserhähne und Zugäste). Im Zusammenhang der Schädlingsbekämpfung wurde betont, daß man vor allen Dingen nur widerstandsfähige Sorten anpflanzen soll. Der Redner fordert die Obstzüchter auf, die neuzeitliche, sachgemäße direkte Schädlingsbekämpfung durch die Motorpflanz zweimal im Jahr (Februar - und gleich nach der Blüte) durch entsprechende Pflanzungen anzumenden und die Wirkung wird nicht ausbleiben. In seinem Schlußwort hob Herr Brucker besonders hervor, daß das Endziel des Obstzüchters das sein muß, nicht bloß ein Obfr, sondern vor allem besseres Obst zu züchten. Der Grundgedanke der regen Aussprache läßt sich dahin zusammenfassen, daß bei einheitlicher Sortenwahl, besserer Ausbreitung, sachmännlicher Verpackung und Sortierung auch bei uns der Obstbau rentiert und bessere Abzähmlichkeit bietet. Nachdem der Vorstand Herr Oberl. Bach dem Redner für seine lehrreichen Ausführungen und praktischen Anregungen gedankt, schloß er die Versammlung.

7 Neckarbischofsheim, 24. Febr. (Zusammenlegung der Verwaltungen.) Nachdem vor einigen Tagen bezüglich der besonderen Ortsverwaltung Helmhof in Betreff der Aufhebung derselben und Zusammenlegung mit der Hauptgemeinde Neckarbischofsheim mit dem Gemeinderat und dem Verwaltungsrat Helmhof eine Besprechung stattgefunden, bei welcher die Stellungnahme des Ministeriums bekannt gegeben wurde, fand nun auch unter Vorsitz von Herrn Landrat Strack-Sinshem und dem Ratsschreiber von Neckarbischofsheim eine Versammlung der Helmhöfer Ortsbewohner statt, in welcher der Herr Landrat die Entscheidung des Ministeriums eröffnete. Nach dieser Entscheidung ist es nicht mehr zulässig, daß für den Ortsteil Helmhof eine besondere Rechnung und Steuereinzug erfolgt, es muß vielmehr vom 1. April 1928 ab die ganze Besteuerung für Neckarbischofsheim erfolgen, wie die badische Gemeindeordnung vorschreibt. Diese Maßnahme ist für Badisch-Helmhof insofern von besonderer Bedeutung, weil die Gemeindefeuer des Gebäudesteuerkapitals in Helmhof niedriger war wie in der Hauptgemeinde Neckarbischofsheim. Ein großer Teil der Helmhöfer Einwohnerschaft sieht deshalb die Zusammenlegung nicht gern, trotzdem sie früher schon von selbst den Antrag auf Aufhebung der besonderen Verwaltung gestellt hat. Es wird nun Sache der Gemeinde Neckarbischofsheim sein, mit den Einwohnern Helmhofs bezüglich Bürgergabe und der sonst erforderlichen Vereinbarungen zu verhandeln. Die Ueberführung der beiden Verwaltungen zu einer einzigen, ist umso einfacher, weil Helmhof weder eigenes Gemeindevermögen noch eine eigene Gemeindeverwaltung hat. Ob für die Zukunft Helmhof einen Stadthalter beibehalten wird, ist fraglich. Zu allen Vereinbarungen muß der Bürgerausschuß Neckarbischofsheim und die Staatsaufsichtsbehörde gehört werden.

7 Michelbach, 24. Febr. (Feueralarm.) Heute früh gegen halb 6 Uhr wurden die hiesigen Bewohner durch Feuerlärm erschreckt. Im Laden des Kaufmanns J. Lenz war Feuer ausgebrochen, das im Lager reiche Nahrung fand. Dank der Hilfe der Afdaherbau-

fener Feuerwehr neben dem tatkräftigen Zugreifen der hiesigen Bewohner konnte das Wohnhaus gerettet werden. Der Schaden ist beträchtlich. Ueber die Entstehungsurache ist noch nichts bekannt.

× Aus dem Amtsbezirk, 24. Febr. (Wechsel des Saatgut) Saatgetreide kann garnicht sauber genug gereinigt werden. Minder gutes Korn wird vermahlen oder verfüttert, nur allerbestes geht ins Feld. Besonders wichtig ist der Saatwechsel bei Kartoffeln. Das ist sehr deutlich zu sehen, wenn z. B. Saatgut, das im Moor- oder im Sandboden gewachsen ist, auf schwere, lehmige Acker gebracht wird. Selbst schon ziemlich abgebaute ältere Sorten raffen sich durch Bodenwechsel mitunter noch zu Durchschnittsernten auf. Natürlich hat eine Prüfung neuerer Sorten stets nebenher zu erfolgen. Als solche sind zu empfehlen: Goldball, frühe Erfurter Malta, Kuckuck und Zübel. Um recht bald neue Sorten für den eigenen Tisch zu haben, ist es nötig, eine recht frühe Sorte rechtzeitig anzutreiben. Man pflanze eine kleine Zahl abgewerkter Knollen in Blumentöpfe, halte sie bis zum Auspflanzen im warmen Zimmer und schütze sie im Freien gegen Frost. Wird der Topferde entsäuert Lorchmull od. kurzes Moos beigegeben, gibt es dann beim Anpflanzen schöne, haltbare Ballen u. im Wachstum kaum eine merkliche Staunung. Es ist dies zwar etwas umständliche Art der Anzucht; doch ist es immerhin für den, der kein Mistbeet besitzt, doch aber sehr bald selbst gezüchtete neue Kartoffeln essen möchte, eine Hilfe zur Erreichung des Ziels.

** Mannheim, 25. Febr. (Familientragödie.) In Sandhofen hat sich die 28jährige Ehefrau eines Fabrikarbeiters — Mutter von drei Kindern — in ihrer Wohnung erhängt. Mithilfe Familienverhältnisse dürften die Ursache der Tat sein.

** Heidelberg, 25. Febr. (Tödl. Verunglück.) In der Nacht zum Mittwoch hat der 23jährige ledige Redarichiffier Theodor Krauth aus Eberbach im Schlafrum eines hier liegenden Redarfahrs mit seiner Schußwaffe hantiert. Hierbei löste sich ein Schuß, der dem Schiffer das Leben kostete. Vermutlich war der Verunglückte mit dem Faden der Waffe beschäftigt, da auf dem Boden neben der Leiche noch das Pulver lag.

** Jlingen b. Nafath, 25. Febr. (Motorradunfall.) Vorgestern nacht fanden Jlinger Einwohner auf der Landstraße den Albert Zimmermann aus Nohweg in schwer verletztem Zustande auf. Man verbrachte ihn ins Krankenhaus nach Jlingen. Der Verunglückte konnte nicht mehr gerettet werden; er war bereits tot, als ihn seine Eltern mittels Auto abholen wollten. Wie sich der Unfall zugezogen, wird kaum aufgeklärt werden können, da keine Zeugen vorhanden waren.

** Forbach, 25. Febr. (Tödl. Verunglück.) In dem württembergischen Ort Oberthal-Weiber wollte der 70jährige Holzhauser Josef Georg Fahrner von Weiber mit einem Kuhgefährt nach Sand holen für seinen Umbau. Unterwegs schenkte die Kuh und schleuderte ihn auf die Seite. Infolge des Sturzes brach er die Wirbelsäule. Der sofort herbeigerufene Arzt konnte nur den Tod feststellen.

** St. Georgen, 25. Febr. (Glücklich abgelaufen.) Am Dienstadtstag stürzte ein hiesiges Mädchen von dem württembergischen Ort Oberthal-Weiber wollte der 70jährige Holzhauser Josef Georg Fahrner von Weiber mit einem Kuhgefährt nach Sand holen für seinen Umbau. Unterwegs schenkte die Kuh und schleuderte ihn auf die Seite. Infolge des Sturzes brach er die Wirbelsäule. Der sofort herbeigerufene Arzt konnte nur den Tod feststellen.

** Gaujach, 25. Febr. (Aus Furcht vor einer Operation in den Tod.) Vorgestern morgen sprang der über 60jährige Jakob Moser aus Gutach von der Gutach-Eisenbahnbrücke in selbstmörderischer Absicht in die Gutsch. Da diese augenblicklich viel Wasser führt, wurde der Unglückliche scheinbar fortgeschwemmt, denn trotz sofortigen Absinkens der Gutsch und Ringwassers konnte die Leiche bis jetzt nicht gefunden werden. Moser, ein preußischer Eisenbahner, sollte sich am 24. Operation mit dem 1/10 Uhr-Zug nach Offenburg geben. Jedenfalls hat die Furcht vor der Operation den Mann in den Tod getrieben.

** Vörrach, 25. Febr. (Ein Fall von Genickstarre.) In Vörrach, im Kanton Basel-Land wurde in der Infanteriekaserne ein Fall von Genickstarre festgestellt. Ein junger Rekrut starb innerhalb weniger Tage an dieser Seuche.

Die Wildschweinplage in der Südpfalz. In den Gemartungen der Südpfalz, besonders in der Gegend von Wilgartsweien, Rinnthal, Hinterweidenthal und Dahn nimmt die Wildschweinplage in erschreckendem Maße überhand. Fast täglich findet man ganze Felder von den Borstentieren durchwühlt vor. Die Gemeinden sind zur Zeit daran, die Umzäunungen um die besonders gefährdeten Gemartungen anzubringen. Durch die ungeheuren Schäden, die jährlich durch Schwarzwild angerichtet werden, steht die Landwirtschaft vor dem Ruin. Da diese Wildschweinplage eine Folge der Waffenablieferungsbestimmungen der Besatzungsbehörden ist, beschloß dieser Tage der Gemeinderat Hinterweidenthal an die Regierung den Antrag zu stellen, der Gemeinde die Kosten der Gemartungsumzäunung teilweise zu tragen.

Grubenunglück auf „Germania“ bei Neppen. Frankfurt a. d. O., 25. Febr. Auf der Grube „Germania“ bei Neppen ereignete sich vorgestern früh ein Schwemmandurchbruch, der die Förderstrecke auf etwa 40 Meter zugeschwemmt hat. Zwei Bergleute sind durch das Unglück eingeschlossen und bis Freitag mittag ist es noch nicht gelungen, an die beiden Verschütteten heranzukommen, obgleich die Gesamtbelegschaft der Grube in drei Schichten für die Bergungsarbeiten eingesetzt worden ist. Der übrige Betrieb ruht.

Udet landet auf der Zugspitze. München, 25. Febr. Der bekannte Flieger Udet ist vorgestern als erster mit einem Klemm-Daimler-Flugzeug von nur 20 P.S. auf der Zugspitze wiederholt glatt gelandet und gestartet. Am Tage vorher führten die Flieger Udet und Kraemer mit derselben Maschine Flüge von einstuündiger Dauer über dem Observatorium auf dem Zugspitzgipfel aus. Als Ausgangspunkt für Gebirgsflüge wurde der Eissee gewählt, der noch eine harte Eisfläche trägt, wodurch es allein möglich war, die Räder durch Ski zu ersetzen. Udet hat damit den Beweis erbracht, daß Flugzeuge ohne Schwierigkeiten auf dem Gletscher der Zugspitze landen und starten können.

Der Kunstflieger Jährling tödlich abgestürzt. Larmstadt, 24. Febr. Gestern mittag stürzte der bekannte Pilot Jährling bei Ausföhrung von Loopings durch Bruch der Tragflächen tödlich ab. Der Apparat ist völlig zerstört.

Großfeuer in einem Dorf bei Dömitz. Schwerin, 25. Febr. In dem Dorf Cacherin bei Dömitz wütete gestern früh 7 Uhr ein Feuer, das großen Umfang angenommen hat. Fünf landwirtschaftliche Anwesen sind bereits ein Raub der Flammen geworden.

Einföhrung der „Südtiroler Viertelstunde“ bei allen Tiroler Festlichkeiten. Wien, 25. Febr. Nach einer Meldung des „Neuen Wiener Tagblatts“ aus Innsbruck ist im ganzen Lande Tirol seit einiger Zeit bei Veranstaltungen geselliger oder erster Art jeweils eine Unterbrechung von 15 Minuten, die sogenannten Südtiroler Viertelstunde, eingeföhrt worden, um Südtirol zu gedenken. Während dieser viertelstündigen Ruhepause erinnert jeweils ein Redner an die Leiden der Deutschen in Südtirol und es werden Sammelbüchsen herumgereicht, um Geldmittel für die Deutschen in Südtirol aufzubringen.

Ein großer Steuerbetrug in Lemberg und Stanislaw aufgedeckt. Warschau, 25. Febr. In Lemberg und Stanislaw wurde von der Polizei eine große Steuerbetrugsaffäre aufgedeckt, an der eine große Anzahl Personen aus den verschiedensten Kreisen beteiligt waren, die sich gegenseitig in die Hand arbeiteten. Es wurde eine große Anzahl von Hausdurchsuchungen vorgenommen und zehn Personen verhaftet.

Warum die „Mafalba“ unterging.

Der Bericht der Untersuchungskommission. Rom, 22. Febr. Die Kommission, die die Unterjuchung über den Untergang des Dampfers „Principefa Mafalba“ geföhrt hat, ist zu dem Ergebnis gelangt, daß die unmittelbare Ursache des Unglücks darin bestand, daß die Welle, die die linke Schraube trug, gebrochen ist, und hierdurch Wasser in das Schiff drang, dessen Einstromen nicht aufzuhalten war, da es unmöglich war, eine der kleinen Verbindungstüren zu schließen. Zusammenfassend kommt die Kommission zu dem Ergebnis, daß die schrecklichen Folgen dieser zwar seltenen, aber doch möglichen Havarie einer fehlerhaften Handhabung einiger Verschlässe der wasserdichten Schotten zuzuschreiben sind, wobei jedoch zu berücksichtigen sei, daß angesichts einer so drohenden Gefahr auch bei sehr erfahrenen und gewiegten Technikern Irrtümer möglich sind. Leider könnten die Techniker sich nicht über ihr Verhalten rechtfertigen, da sie an dem Platz ihrer Arbeit und Pflicht ihr Leben gelassen haben.

Turnen, Sport und Spiel.

Handball. Sinsheim. Morgen Sonntag findet auf dem Spielplatz des Turnvereins Sinsheim folgende Spiele statt: 1/2 1 Uhr: Sinsheim Jugend — Riehen II. 1/2 2 Uhr: Sinsheim I. — Eichelbach I. 3 Uhr: Aufstiegspreise Riehen — Attingen. 4 Uhr: Sinsheim II. — Eichelbach II.

Neueste amtliche Kurse

mitgeteilt von der Vereinsbank, e. G. m. b. H. Sinsheim vom 25. Februar 1928.

Anleihen:	in %	Gemeinrent Geldbörse	136,50
Abföhrungsschuld mit Auslöschungsschein	51,82 1/2	Reich. Anleihen	200
ohne Auslöschungsschein	11,70	Österr. Anleihen	215
Bausparnisse:	in %	Österr. Anleihen	19
Reichsbank	17	Reichsbank	132
Reichsbank und Nationalbank	227,50	Reichsbank	116
Deutsche Bank	18,75	Reichsbank	144
Deutsche Reichsbank	10,50	Reichsbank	175,35
Reichsbank	15,50	Reichsbank	130,50
Württembergische Creditanstalt	216	Reichsbank	130,50
Reichsbank	130	Reichsbank	130,50
Reichsbank	145	Reichsbank	130,50
Deutscher Wertpapiermarkt:	in %	Reichsbank	130,50
Reichsbank	181,25	Reichsbank	130,50
Reichsbank	148,50	Reichsbank	130,50
Reichsbank	117,75	Reichsbank	130,50
Reichsbank	184	Reichsbank	130,50
Reichsbank	98	Reichsbank	130,50
Reichsbank	76,25	Reichsbank	130,50
Währungen:	in %	Reichsbank	130,50
Reichsbank	165,50	Reichsbank	130,50
Reichsbank	138,50	Reichsbank	130,50

Schweinemarkt Eppingen vom 24. Februar. Der heutige Schweinemarkt war besetzt mit 311 Milchschweinen und 40 Läufern. Die Preise der ersteren waren 20—43, der letzteren 52—80 Mark per Paar.

Wetterbericht.

Karlsruhe, 24. Febr. Unsere Witterung steht unverändert unter dem Einfluß des kontinentalen Hochdruckgebietes. Dieferer Druckstürungen, die sich heute über Westeuropa bemerkbar machen, werden für uns keine Bedeutung erlangen.

Evangelischer Gottesdienst.

Sonntag, den 26. Febr. (Invokavit). 1/2 10 Uhr: Hauptgottesdienst. Vikar Becher. 1/2 11 Uhr: Christenlehre. Dekan Eifen. 1 Uhr: Kinder Gottesdienst. Vikar Becher. Donnerstag, den 1. März. 8 Uhr: Wochengottesdienst. Vikar Becher.

Der **Hochfrequenz-Radio-Lux-Apparat** ist der beste. Anwendungen bei: Hauterkrankungen, Haarausfall, Magen- u. Darmleiden, Gicht, Rheumatismus usw. **Preis RM. 50.—** Teilzahlung gestattet. Kostenlose Vorführung. **Rheinelektra-Elektrizitätswerk** Sinsheim. Telefon 233

Bekanntmachung. Die unterm 14. II. 28. veröffentlichte Verordnung, wonach die über den 1. Oktober 1927 hinaus geltenden Befreiungen von der Arbeitslosenversicherung bis zum 29. Februar 1928 durch Vorlage einer neuen Anzeige zu erneuern sind, wird demnach durch eine Verordnung des Reichsarbeitsministers aufgehoben, so daß die nach dem 1. Oktober 1927 noch gültigen Befreiungsanzeigen auch weiterhin in Geltung bleiben und nicht zu erneuern sind. Heidelberg, den 24. Februar 1928. **Arbeitsamt Heidelberg.**

Grabdenkmäler auf Ostern empfiehlt zu bekannt billigen Preisen **Wilhelm Merkle, Sinsheim** Tel. 314. Filiale Neckargemünd. Tel. 314. Größtes Lager im weiten Umkreis.

Achtung! Wer gute **Schuhwaren** kaufen will, der gehe in das Schuhgeschäft von **Wilhelm Schuchmann**. Da finden Sie große Auswahl in feinen **Damen-, Herren- und Kinderschuh** sowie erstklassige **Arbeitsschuhe** noch ohne Preisanschlag. **Wilhelm Schuchmann, Sinsheim.**

Palmbrau-Märzen lieber Mann trinkt man nicht nur dann und wann

Wer noch für eine Mark ein Fohlen gewinnen will, kauft **Sinsheimer Fohlenmarkt-Lose.** Wer keine hat kann nichts gewinnen. Ziehung bestimmt am 1. März 1928. Losverkauf: Bürgermeisteramt und hiesige Geschäfte.

Reklame — die Seele des Geschäfts. Für gefunden, kräftigen 15 Jahre alten Jungen (Wollhaase) suche ich eine **Lehrstelle als Metzger.** Eintritt kann eventl. sofort erfolgen. Angebote sind an **Heinr. G. Gebhard, Riehen b. Eppingen** zu richten. Für einen älteren Herrn wird für sofort, oder per 1. März d. J. ein heizbares, freundliches möbliertes **Schlafzimmer** mit voller Verpflegung gesucht. Auf Wunsch können Möbel und Bettwäsche gestellt werden. Angebote mit Preisangabe unter Nr. 230 an den Landboten. **Das Gesicht der Mode** für Frühjahr und Sommer 1928 spiegeln die vielen bunten Modelle in **Deysers Mode-Alben** wider. **Deysers Mode-Führer** Band I: Damen-Kleidung (1,50 M.) Band II: Kinder-Kleidung (1,20 M.) **Deysers Wiener Damen-Alben** (1,20 M.) Überall zu haben! **Deyer-Verlag, Leipzig T** **Druckarbeiten** jeglicher Art für Gewerbe, Handel und Behörden in sauberster Ausführung liefert in kürzester Zeit und zu mäßigen Preisen **G. Becker'sche Buchdruckerei Sinsheim** beim Bahnhof. **Eisun-Betten** Stahlmatratzen, Kinderbetten ginst. an Private Kat. 1910 f. et. Eisenmöbelfabri Sahl (Tüll)

Ablaufende Tarifverträge.

Das Lohn-Problem.

Die deutsche Inlandskonjunktur hat nach dem Urteil der verschiedensten sachverständigen Stellen in den letzten Monaten eine Dämpfung erfahren. Um so notwendiger erscheint es, der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Waren im Ausland ein erhöhtes Augenmerk zuzuwenden. Daß sich in dieser Beziehung die Verhältnisse bisher nicht so entwickelt haben, wie es wünschenswert wäre, zeigt der letzte Außenhandelsausweis, wonach im Januar u. a. für rund 80 Millionen Mark Fertigwaren weniger exportiert werden konnten als im Dezember. Diese Tatsache wird man bei den künftigen Lohn- und Gehaltsverhandlungen nicht außer Acht lassen dürfen, die in den nächsten Monaten in außerordentlicher Zahl bevorstehen. Von Arbeitnehmerseite sind dazu zum Teil schon ganz beträchtliche Mehrforderungen angemeldet worden. Soweit tatsächlich eine Verteuerung der Lebenshaltung eingetreten ist, ist das durchaus begründet und es erscheint auch verständlich, wenn darüber hinaus von Arbeitnehmerseite grundsätzlich eine allmähliche Mehrbeteiligung am wirtschaftlichen Gesamtertrag angestrebt wird. Nur sollte eben nicht vergessen werden, daß im jetzigen Augenblick aus den oben skizzierten Gründen besondere Vorsicht geboten erscheint, sollen nicht überhöhte Forderungen zu mangelnder Konkurrenzfähigkeit der deutschen Wirtschaft und damit letztlich zur Arbeitslosigkeit für viele Hände führen.

Ueber die augenblickliche Verhältnisse in der deutschen Industrie gibt eine von der Vereinigung der deutschen Arbeitgebervereine Berlin herausgegebene Denkschrift zur Lohnbewegung interessantes Material. Danach können zu Ende Februar bzw. März und April 247 Tarifverträge für rund 3,2 Mill. Arbeiter fast aller wichtigen Industriezweige gekündigt werden. Da die Kündigungsmöglichkeiten in anderen Wirtschaftszweigen und zwar für Lohn- wie Gehaltsstarife ähnlich liegen, müssen in diesem Zeitraume der deutschen Arbeitnehmer neu vereinbart werden, wenn die raum- und zeitliche Lohn- und Gehaltsverhältnisse die überwiegende Mehrzahl der Gewerkschaften entsprechend ihren bisherigen Ankündigungen vom Kündigungsrecht Gebrauch machen.

Angeht die schon angekündigten Höherforderungen wird von Arbeitgeberseite auf die außerordentlichen Schwierigkeiten in der Gestaltung der Selbstkosten verwiesen. Der Kapitalmangel zwingt und zwingt zur Aufnahme von Auslandskrediten die eine im Verhältnis zu den Konkurrenzländern außerordentlich hohe Zinslast mit sich bringen. Sollen diese Verhältnisse in absehbarer Zeit eine Änderung erfahren, so ist es notwendig, über die zur Verzinsung und Amortisation erforderlichen Summen hinaus Gewinne zu erübrigen, die die eigene Kapitalbildung in beschleunigtem Tempo sichern. Dem stehen die steigenden Steuerlasten entgegen, die für Produktionsbetriebe im Durchschnitt das Neun- bis Elfache der Vorkriegszeit betragen. Auch die Aufwendungen auf dem Gebiete der Sozialversicherung haben sich annähernd verdreifacht und werden für 1927 auf rund 4800 Mill. Mk. geschätzt. Endlich hat die Verkürzung der Arbeitszeit eine Beschränkung in der Ausnutzung der Produktionsmittel und damit steigende Geschäftskosten mit sich gebracht.

Diesen ständig wachsenden finanziellen Anforderungen an die Wirtschaft steht die Tatsache gegenüber, daß in den letzten vier Jahren nach der amtlichen Tariflohn-Statistik die Tariflöhne in einem in der Zeit vor dem Kriege auch nicht annähernd erreichten Tempo um etwa 70 Proz. gestiegen sind. Die tatsächlich gezahlten Löhne überschreiten, wie die Denkschrift ausführt, für den weitaus größten Teil der Arbeitnehmer den Tariflohn erheblich, so daß bei einem durchschnittlichen Lebenserwerb von 15 bis 25 Proz. die tatsächliche Lohnsteigerung in vier Jahren etwa 80 bis 90 Proz. beträgt. Um alle die genannten erhöhten Aufwendungen tragen zu können, mußte die deutsche Wirtschaft durch stürmisches Tempo der Rationalisierung mit allen Mitteln auf eine Senkung der Selbstkosten hinarbeiten. Bei der Beschränkung der Lohn- und Gehaltssteigerung, auch für die Zukunft die Kostensteigerungs-Tendenzen aufrecht erhalten und alles vermeiden, was zur Selbstkostensteigerung führen könnte. Es zwingt dazu einmal die Notwendigkeit erhöhten Exportes (bei 2,5 Mill. Reparationszahlungen und rund 0,5 Mill. Privatins-Saldo müßte der Ausfuhrüberschuss etwa 3 Mill. Mk. jährlich, unter Berücksichtigung der Vorjahrespassivität von 4 Mill. Mk. die Gesamtausfuhr zur Balancierung der Handelsbilanz um etwa 7 Mill. Mk. mehr als 1927 betragen) und zum anderen auch das Kapitalproblem, d. h. die erforderliche Verbesserung der bisher bestenfalls bestehenden Rente auf die zusammengelegten Kapitalien im Interesse der Bildung eigenen Kapitals.

Die Denkschrift kommt zu dem Schluß, daß ein ständig steigendes Lohnniveau nur möglich ist, wenn die Lohnkosten für die Produktionseinheit ständig entsprechend gesenkt werden und wenn nicht gleichzeitig durch Erhöhung der Selbstkosten an anderer Stelle die Bewegungsfreiheit zur Lohnsteigerung genommen wird. Sonst führt ständige Lohnsteigerung zur Preissteigerung und über die Abwärtskurve zur Arbeitslosigkeit. Bisher konnte durch das sehr scharfe Rationalisierungstempo ein gewisser Ausgleich der außerordentlichen und schnellen Kostensteigerung geschaffen werden. Dieser Weg ist aber auch im Hinblick auf die beschränkte Mechanisierungsfähigkeit mancher Industriezweige weder technisch noch finanziell unbegrenzt gangbar; es war das vielmehr in den letzten vier Jahren eine einmalige Möglichkeit. Unterstrichen wird, es sei völlig ausgeschlossen, daß für die Zukunft mit einer weiteren Senkung der Selbstkosten in auch nur annähernd gleichem Tempo zu rechnen ist. Die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände gibt abschließend der Ueberzeugung Ausdruck, daß Fragen von Arbeitszeit und Lohn niemals für sich allein entschieden werden können, sondern nur unter Berücksichtigung aller, die gesamte Wirtschaft beherrschenden technischen, gelochten und kommerziellen Momente. Es bleibt zu hoffen, daß bei dem Neuaufschluß von Gehalts- und Tarifverträgen in den nächsten Monaten im Interesse der Gesamtwirtschaft für die Arbeitnehmer wie für die Arbeitgeber tragbare Lösungen gefunden werden.

Die Kriegsbeschädigten- und Hinterbliebenenversorgung

Nach der Novelle zum Reichsversorgungsgesetz pp. vom 21. Dezember 1927.

Die wichtigsten Vorschriften des soeben erschienenen fünften Gesetzes zur Abänderung des Reichsversorgungsgesetzes und anderer Versorgungsgesetze vom 21. Dezember 1927 (Reichsgesetzblatt I 7, S. 47) betreffen die Erhöhung der Kriegsbeschädigtenrenten. An Grundrente und Schwerbeschädigtenzulage werden nunmehr jährlich gewährt: Bei einer Minderung der Erwerbsfähigkeit um 30 v. H. 162 RM, Grundrente, um 40 v. H. 216 RM, Grundrente, um 50 v. H. 270 RM, Grundrente und 36 RM, Schwerbeschädigtenzulage, um 60 v. H. 324 RM, Grundrente und 42 RM, Schwerbeschädigtenzulage, um 70 v. H. 378 RM, Grundrente und 48 RM, Schwerbeschädigtenzulage, um 80 v. H. 432 RM, Grundrente und 54 RM, Schwerbeschädigtenzulage, um 90 v. H. 486 RM, Grundrente und 60 RM, Schwerbeschädigtenzulage, bei Erwerbsunfähigkeit 540 RM, Grundrente und 66 RM, Schwerbeschädigtenzulage. Wirden sollen stets die Rente eines Erwerbsfähigen erhalten.

Dabei sei auch auf die Verordnung des Reichsarbeitsministers vom 21. Dezember 1927 (Reichsgesetzblatt I 7, S. 491) verwiesen, wonach bei schwerer Beeinträchtigung der körperlichen Unversehrtheit eine Mindestrente zu gewähren ist, auch wenn die Minderung der Erwerbsfähigkeit nicht deren Höhe erreicht. So ist bei Verlust eines Beines oder Armes oder des Unterarmes oder der ganzen Hand des Gebrauchsarmes, des Rehlkopfes oder völligem Verlust der Nase stets eine Rente für eine Minderung der Erwerbsfähigkeit um 50 v. H., bei Verlust eines Unterarmes, des Unterarms oder der ganzen Hand des Nichtgebrauchsarmes, bei Halbseitenblindheit (Hemianopsie) eine Rente für eine Minderung der Erwerbsfähigkeit um 40 v. H. zu gewähren usw.

Außerdem sind die Zusatzrenten erhöht, die nach § 88 der Reichsversicherungsordnung im Bedarfsfalle den Schwerbeschädigten (d. h. bei Minderung der Erwerbsfähigkeit um 50 v. H. und mehr) gewährt werden. Die Zusatzrente beträgt nunmehr bei einer Minderung der Erwerbsfähigkeit um 50 bis 60 v. H. 144 RM, um 70 bis 80 v. H. 300 RM, und um mehr als 80 v. H. 504 RM, bei Hausgeldempfängern (§ 13 Reichsvers.-Ges.) 300 RM, jährlich. Außerdem erhalten Schwerbeschädigte wie auch Hausgeldempfänger (§ 13 Reichsvers.-Ges.), wenn sie für Kinder sorgen, für jedes Kind zu ihrer Zusatzrente 108 RM.

Ferner ist die einfache Pflegezulage, die gemäß § 31 Reichsversorgungsgesetz Beschädigten zu gewähren ist, die infolge ihrer Dienstbeschädigung so hilflos sind, daß sie nicht ohne fremde Wartung und Pflege bestehen können, und die bei der letzten Novelle zum Reichsversorgungsgesetz vom 8. Juli 1926 (Reichsgesetzblatt I 7, S. 398) nicht erhöht wurde, während die erhöhte Pflegezulage erhöht worden ist, nunmehr von 432 RM, jährlich auf 600 RM, jährlich erhöht worden. Außerdem ist auch die erhöhte Pflegezulage, die nach § 31 Reichsversorgungsgesetz zu gewähren ist, wenn die Gesundheitsfürsorge so schwer ist, daß sie dauerndes Krankenlager oder außergewöhnliche Pflege erfordert, abermals erhöht worden. Es gibt jetzt statt der bisherigen zwei Stufen von 720 und 864 RM, jährlich für die erhöhte Pflegezulage drei Stufen von 900, 1200 und 1500 RM, jährlich. Welche Stufe zu gewähren ist, richtet sich nach dem neuen Gesetz nach den für die Pflege erforderlichen Aufwendungen. Blinde sollen in der Regel die Pflegezulage von 1200 Reichsmark erhalten.

Entsprechend sind die Verstümmelungszulagen, die nach dem Offizierpensionsgesetz früheren aktiven Offizieren pp. zu gewähren sind, erhöht worden. Die einfache Verstümmelungszulage für frühere Offiziere und obere Heeresbeamte beträgt nunmehr 450 RM, die erhöhte Verstümmelungszulage 1350 RM, die Verstümmelungszulage für Unterbeamte 300 RM, jährlich. Erhöht sind ferner die Unterhaltungskosten für den Blindenbund (240 RM, jährlich in Orten der Sonderklasse, 216 RM, in der Ortsklasse A, 188 RM, in den Ortsklassen B und C und 80 RM, in der Ortsklasse D).

Im Gegensatz zu den Beschädigtenrenten ist bedauerlicherweise trotz aller Bemühungen der Kriegsbeschädigten- und Hinterbliebenenverbände eine allgemeine Erhöhung der Hinterbliebenenbezüge nicht erfolgt, doch erhält die Witwe jetzt zum mindesten eine Rente, die einer Rente von 50 v. H. des Verstorbenen entspricht (bisher 40 v. H.). Als Abfindung erhält sie nunmehr bei Wiederverheiratung einmal das Dreifache einer Rente von 60 v. H. des Verstorbenen (bisher das Dreifache der von ihr bezogenen Rente).

Auch ist das Sterbegeld erhöht worden. Es beträgt jetzt, wenn der Tod die Folge einer Dienstbeschädigung war, für die Ortsklasse B und C 180 RM, für die Ortsklasse A 216 RM, für die Ortsklassen B und C 180 RM, und für die Ortsklasse D 165 RM, sonst ein Drittel dieser Beträge.

Außerdem ist vom Reichstage nunmehr auch ein Sterbegeld beim Tode von Hinterbliebenen neu eingeführt worden. Es beträgt ein Drittel obiger Sätze.

Während bisher bei Sterbegeld und Hinterbliebenenrente nach der Rechtsprechung des Reichsversicherungsgerichts (vgl. die grundsätzliche Entscheidung vom 12. November 1920, Entscheidungen des Reichsversicherungsgerichts Bd. 1 S. 191 Nr. 92), auch wenn der Verstorbene eine Rente für eine Dienstbeschädigung bezog, neu geprüft werden konnte, ob Dienstbeschädigung vorlag, ein juristisch zweifelloses einmündiges, aber praktisch durchaus unbilliger Standpunkt, ist nunmehr bindend vorgeschrieben, daß der Tod stets als Folge einer Dienstbeschädigung gilt, wenn ein Rentenempfänger an einem Leiden stirbt, das als Folge einer Dienstbeschädigung anerkannt war, und für das er bis zum Tode Rente bezog.

Was die Versorgung der Eltern betrifft, so konnten bisher, wenn die Voraussetzungen der Elternrente nicht erfüllt waren, doch eine Elternbeihilfe gewährt werden, falls der Verstorbene der Ernährer des Antragstellers war oder es nach seinem Ausscheiden aus dem Militärdienst geworden wäre. Das neue Gesetz schreibt vor, daß Elternbeihilfe auch gewährt werden kann, wenn die Voraussetzung, daß der Verstorbene der Ernährer gewesen ist oder es geworden wäre, nicht voll erfüllt ist.

Schließlich ist auch der den Witwen- und Waisen der aktiven Offiziere pp. zu gewährende Witwen- und Waisengeldzuschlag auf 420 bzw. 180 RM, jährlich erhöht worden.

Während, wie oben erwähnt, eine allgemeine Erhöhung der Hinterbliebenenrenten bedauerlicherweise nicht erfolgt ist, sind die Zusatzrenten, die aber, wie ausgeführt, nur bei Bedürftigkeit gewährt werden, erhöht worden.

Die Zusatzrente beträgt bei einer Witwenrente im allgemeinen 408 RM, bei einer Waisenrente von 60 v. H. 150 RM, jährlich, falls die Witwe lediglich auf die Rente angewiesen ist und keine versorgungsberechtigten Waisen vorhanden sind, bei einer rentenberechtigten elternlosen Witwe 120 Reichsmark, einer rentenberechtigten elternlosen Witwe 180 RM, einem Eternenteile 150 RM, einem Elternpaar 240 Reichsmark, bei der Empfängerin einer Elternbeihilfe 240 Reichsmark und dem Empfänger von Waisenbeihilfe 90 RM, jährlich. Schließlich sind noch für die Empfänger einer Beschädigten- oder Hinterbliebenenrente die neuen Vorschriften über das Ruhen der Rente von Wichtigkeit.

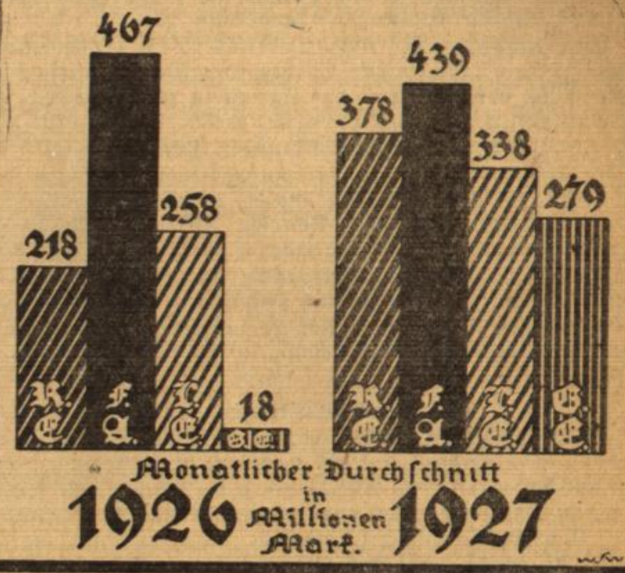
Bisher begann das Ruhen der Versorgungsgebühren, falls aus öffentlichen Mitteln 320 RM monatlich bezogen wurden. Es ruhte dann ein Zehntel der Versorgungsgebühren. Für jede weitere 50 RM ruhte ein weiteres Zehntel. Nunmehr ist der Betrag von 320 durch 350 RM, und der Betrag von 50 durch 60 RM, ersetzt, d. h. das Ruhen beginnt erst bei 350 mit einem Zehntel, für jede weiteren 50 RM ruht ein weiteres Zehntel. Außerdem ist nunmehr vorgeschrieben, daß dem Versorgungsberechtigten mindestens drei Zehntel seiner Versorgungsgebühren mindestens während bisher nur dem Schwerbeschädigten (d. h. bei einer Minderung der Erwerbsfähigkeit von 50 v. H. und mehr) mindestens die Schwerbeschädigtenzulage mit der entsprechenden Ausgleichs- und Ortszulage verbleibt.

Endlich sei noch auf die Änderungen hinsichtlich des Heilverfahrens, das bis bisher nur den Beschädigten, nicht den Hinterbliebenen, wie von den Kriegsbeschädigten- und Hin-

terbliebenenverbänden beantragt, gewährt wird, verwiesen. Krankengeld und Rente dürfen den Betrag nicht übersteigen, den der Beschädigte bei Erwerbsunfähigkeit beziehen würde. Falls eine Heilanstaltsplacé, eine Badekur oder Heilanstaltenkur ohne triftigen Grund vor Ablauf der bei der Bewilligung bestimmten Dauer abgebrochen wird, besteht kein Anspruch auf Ersatz der Reisekosten. Schließlich ist, insbesondere für Schwerbeschädigte, von Wichtigkeit die neue Vorschrift, daß, falls ohne behördliche Anordnung ein Körpererkrankung angepaßt, geändert oder ausgebebert worden ist, was im allgemeinen unzulässig ist, doch auf Verlangen Ersatz der baren Auslagen und Entschädigung für entgangenen Arbeitsverdienst in angemessenen Umfange geleistet werden kann, wenn die Notwendigkeit der Maßnahme anerkannt wird.

Das statistische Bild der Wirtschaftslage.

Rohstoffeinfuhrüberschuss, Fertigungsausfuhrüberschuss, Lebensmitteleinfuhrüberschuss, Gesamteinfuhrüberschuss.



Wie das vorstehende Schaubild zeigt, hat sich unsere Wirtschaftslage im Jahre 1927 gegenüber derjenigen des Vorjahres in einer geradezu katastrophalen Weise verschlechtert. Die Rohstoffeinfuhr des Jahres 1926 betrug im Monatsdurchschnitt 218 Millionen Rentenmark, 1927 jedoch 378 Millionen Rentenmark, was einer Steigerung von 73 Prozent entspricht.

Die Rohstoffeinfuhr des Jahres 1926 betrug im Monatsdurchschnitt 218 Millionen Rentenmark, 1927 jedoch 378 Millionen Rentenmark, was einer Steigerung von 73 Prozent entspricht. Während jedoch der wichtige Posten unserer Handelsbilanz, die Fertigungsausfuhr, 1926 die Einfuhr von Rohstoffen und Halbfabrikaten um 249 Millionen Rentenmark, also um 114 Prozent übertraf, hat sich dieses Verhältnis 1927 ganz außerordentlich verschoben. Abgesehen davon, daß die Fertigungsausfuhr des vergangenen Jahres gegenüber 1926 an und für sich schon einen Rückgang von 48 Mill. R.-Mk. aufweist, ist die Spanne zwischen Rohstoffeinfuhr und Fertigungsausfuhr auf die minimale Summe von nur 61 Millionen Rentenmark zurückgegangen. Kommt also die Lebensmitteleinfuhr des Jahres 1926 noch von dem Ueberfluß der Ausfuhr von Fertigwaren fast gänzlich gedeckt werden, hat sich dieser Ueberfluß im letzten Jahre derart verringert, daß er nur noch etwa ein Fünftel der Einfuhr derjenigen Lebens- und Genussmittel deckt, die in Deutschland weder erzeugt noch erzeigt werden können. Es darf hierbei nicht übersehen werden, daß die gesamte Wirtschaftslage des Jahres 1926 infolge der Auswirkungen des englischen Kohlenpreises ein verhältnismäßig günstiges Bild zeigte. Die Dinge haben sich jedoch im Jahre 1927 in geradezu erschreckender Weise in ihr Gegenteil verkehrt. Der Optimismus unserer bisherigen Handelspolitik, durch eine erhoffte industrielle Exportsteigerung die erhöhte Einfuhr fremder Agrarprodukte ausgleichen zu können, hat schmachlich Schiffbruch erlitten. Nur eine sehr erhebliche Einschränkung dieser Lebensmitteleinfuhr und die Schaffung der volkswirtschaftlichen Voraussetzung zur Ermöglichung einer entsprechenden Produktionssteigerung unserer eigenen Landwirtschaft sind die wichtigsten Mittel, um eine tatsächliche Steigerung der realen Kaufkraft des deutschen Binnenmarktes zu erzielen, der bisher nur auf einer äußeren Unsicherheit, weil geborgten Grundlage ruht.

Rattenbekämpfung.

Wegen der außerordentlich großen wirtschaftlichen Schäden und gesundheitlichen Gefahren, die der Allgemeinheit durch die immer mehr überhandnehmende Rattenplage drohen, ist es unbedingt notwendig, gegen diese Schädlinge und Gefahrenbringer einen schonungslosen Vernichtungskampf zu führen. Wohl kann sich der einzelne mit Erfolg gegen die Ratten wehren; er wird aber nicht verhindern können, daß ihm früh oder spät von seinem Nachbar, dessen Unkenntnis oder Gleichgültigkeit eine hemmungslose Vermehrung dieser Schädlinge unterstützt, die Ratten wieder zumandern. Dem wird ein Riegel vorgeschoben, wenn unter Beteiligung jedes einzelnen Grund- und Hausbesizers eine systematische, planmäßige und energische Massenbekämpfung der Ratten in Stadt- oder Landgemeinden durchgeführt wird. Zu diesem Zwecke hat die Landesanstalt für Pflanzenbau und Pflanzenschutz, München, Liebigstr. 25, ein Verfahren ausgearbeitet, mit dem es gelingt, die Ratten selbst in ihren entlegensten Schlupfwinkeln zu erfassen und zu vernichten. Solche Großrattenbekämpfungen wurden nach diesem Verfahren auch bereits mit bestem Erfolg in Marktredwitz, Passau und Kitzingen a. M. sowie in verschiedenen Landgemeinden durchgeführt. Die Mittel der Landesanstalt haben außer der sicheren Wirkung noch dazu die wertvolle Eigenschaft der Ungefährlichkeit für Menschen und Haustiere.

Mit Einbruch der kalten Jahreszeit pflegen sich die im Freien haufenden Ratten in die warmen Viehställe, in die Getreide- und Heuböden sowie in die Keller und Borratskammern der menschlichen Wohnstätten zu flüchten, um im Verein mit den dort schon eingestifteten Artgenossen ihr verheerendes Unwesen in erhöhtem Maße zu treiben. Aus diesem Grunde gestaltet sich die Durchführung der Rattenbekämpfung in ländlichen Gemeinden und Städten gerade zur Winterszeit einfacher, weil die oft schwer auffindbaren Schlupfwinkel und Nistplätze im Freien zwischen den vielfach weit auseinander liegenden Anwesen meist verodet sind. Im Winter haben die Landwirte auch mehr Zeit, die Bekämpfung gründlich und sorgfältig durchzuführen. Unerlässlich für einen nachhaltigen und zufriedenstellenden Erfolg ist aber ein gemeinsames Vorgehen in möglichst weitem Umkreise.

Verschiedenes.

Die Mumien kehren heim.

Wie den englischen Blättern aus Kairo berichtet wird, hat Ismael Pascha, einer der führenden Politiker der ägyptischen Freiheitsbewegung, in der ägyptischen Kammer den Antrag eingebracht, alle Pharaonmumien, die sich jetzt in den Museen in Kairo und anderen Städten des Landes befinden, wieder in ihren ursprünglichen Ruhestätten beizusetzen und damit eine „Grabshändlung“ gützumachen, die des ägyptischen Volkes und seiner Geschichte unwürdig sei.

Die grünen Tulpen,

die jetzt in Deutschland vielfach in den Blumenläden erscheinen, müßten dem Botaniker als ein Wunder der Züchtung gelten, denn es ist bisher noch nie gelungen, die grüne Farbe zu erzeugen. Aber diese seltsame Färbung ist eine Fälschung, die von Italien her zu uns gekommen ist. Dort beschäftigt man sich seit langem mit dem künstlichen Färben der Blumen und hat diese zweifelhaftige Neuerung auch zu uns gebracht.

Und kochst du nicht willig . . .

Der Viehhändler Giuseppe Rolfo in dem italienischen Städtchen Cortezara war als ein jähzorniger Mensch bekannt. Trotzdem war der jetzt 66jährige in einer vierzigjährigen Ehe glücklich und, recht mit seiner fünf Jahre jüngeren Frau ausgekommen. Aber es muß sich in diesen Jahren wohl unterirdisch in diesem Manne ein wilder Haß gegen sein Eheweib — ein „Arbeits der Geschlechter“ von Ertrüberrischem Ausmaße — angehäuft haben. Anders ist seine furchtbare Tat nicht zu erklären. Ein lächerlicher anderer Anlaß brachte den Vulkan zum Ausbruch: ein Gericht, Reis, das die Frau mit Kartoffeln und nicht, wie er es wünschte, mit Bohnen zubereitet hatte. Der Anblick dieser Kartoffeln versetzte den Mann in sinnlose Wut. In dieser Wut griff er zu einem Hammer und bearbeitete damit den Kopf der Frau so gründlich, daß sie blutüberströmt zusammenbrach. Auf ihr Schreien eilten die Nachbarn herbei; sie fanden eine Sterbende. Der Mann hatte das Haus verlassen und war seelenruhig wieder seinen Geschäften nachgegangen. Man hat ihn verhaftet. — Kartoffeln statt Bohnen, diese kleine Variation des ehelichen Küchenzettels hat einen bis dahin unbescholtenen Mann zum Mörder gemacht!

Kautschuk-Strahlen.

In Colombo auf Ceylon wurden Versuche mit der Pflasterung der Straßen mittels Kautschuk unternommen, die sich gut bewährt haben. Allerdings ist die Anlage sehr teuer. Auch in Kopenhagen hat man einige Hauptverkehrsstraßen mit Kautschuk gepflastert, die sehr staubfrei und elastisch sind, und denen man eine Haltbarkeit von 50 Jahren zuschreibt.

Sinnverwirrende Bücher.

Der Geistliche eines Dorfes in Thüringen hat seinen Pfarrkindern von der Kanzel herab die Augen über die Verderbnis der Schundliteratur geöffnet. Seine Mahnung klang in den Worten aus, ihm alle jene Bücher und Schriften, die das Herz verdürben und die Sinne verwirren, zur Vernichtung auszuwählen. Der Erfolg dieser Predigt überstieg alle Erwartungen, denn am nächsten Tage sprach bei dem Pfarrer ein Bauer vor und überreichte sein eigenes Steuerbuch und die Steuerbücher seiner Nachbarn, mit dem Bemerkung, daß diese Bücher ihnen am meisten die Sinne verwirren.

Was sind Hexenringe?

Unter „Hexenringen“ versteht man Ringe auf feuchten Wiesen, die sich durch üppiges Wachstum mit dunkelgrünem Graze von der Wiesenfarbe deutlich abheben. Die Ursache dieser Erscheinung, die keinerlei Schaden verursacht, bilden Pilze, die die merkwürdige Eigenschaft aufweisen, sich von

einem Zentrum strahlenförmig nach allen Richtungen auszubreiten. Absterbende Pilzstellen geben dem Boden Humus und Stickstoff, so daß an diesen Stellen das Gras sich üppiger entwickelt. — An die „Hexenringe“, auch Eschentanzplage und Feuerlinge genannt, knüpft sich der alte Aberglaube, daß innerhalb der Ringe in Mondscheinnächten Degen, Feen und Elfen geheimnisvolle Tänze aufführten.

Gutes Geschäft.

Der Automobilist hat einen Hund überfahren und will nun den Schaden bei seinem Besitzer wieder gut machen. „War der Hund wertvoll?“ fragt er. — „Nicht sehr.“ — „Würden Sie mit 20 Mark zufrieden sein?“ — „Warum nicht?“ — „Es tut mir leid, daß ich Sie nun an Ihrem Gang zur Jagd verhindere“, sagt der Automobilist zu dem Besitzer, der das Gewehr über dem Rücken hat. — „Ich wollte gar nicht jagen gehen“, sagt der andere und steckt den Schein ein, „ich wollte bloß den alten Adler im Wald erschießen.“

Der unternehmungslustige Edison.

Thomas Alva Edison, der weltberühmte Erfinder, feierte kürzlich seinen einundachtzigsten Geburtstag in Fort Myers, und die ganze Stadt nahm an diesem freudigen Ereignis teil. Viertausend Schulkinder kamen — von allen übrigen Gratulanten und Abordnungen abgesehen — im langen Zuge anmarschiert, um dem greisen Erfinder zu huldigen. Edison dankte ihnen herzlich und teilte ihnen mit, daß er sie alle zum Nachmittage in die Stadthalle einlade, wo sie mit Schokolade und Kuchen bewirtet werden sollten. Diese Ankündigung löste großen Jubel aus, und als das Fest am Nachmittage seinen Höhepunkt erreicht hatte, erschien Edison selber im Saale und sah den lachenden und schmausenden Kindern eine Weile zu. — Natürlich waren auch eine Anzahl von Berichterstattern herbeigeeilt, um das berühmte Geburtstagsfest zu interviewen. Edison teilte den Reportern mit, daß er sich durchaus frisch und rüstig fühle und noch eine Reihe von Jahren seiner Arbeit widmen zu können hoffe. Ja, er sprach die Zuversicht aus, daß er in zwanzig Jahren, also zu seinem 101. Geburtstag, eine größere Reise im Flugzeuge unternommen werden könne, das zu diesem Zeitpunkt dank der fortgeschrittenen Vervollkommnung auf dem Gebiete der Luftfahrt höchst wahrscheinlich ein ebenso sicheres und allgemein benutztes Beförderungsmittel geworden sein werde, wie heute etwa die großen Dampfer, denen man sich auch durchaus mit dem Gefühl der Sicherheit anvertraue.

Wie schnell wachsen unsere Fingernägel?

Ein schweizerischer Forscher, Professor Wädli, hat kürzlich diese Frage zum Gegenstand seiner Untersuchungen gemacht. Er stellte fest, daß das Wachstum der Fingernägel unterschiede aufweist. Im Durchschnitt beträgt das Wachstum drei Millimeter im Monat; die Wachstumschnelligkeit bei älteren Leuten liegt unter, bei kleinen Kindern aber über dem Durchschnitt. Bei dem Daumen geht das Wachstum am schnellsten vor sich, beim kleinen Finger am langsamsten. Ebenso ist es bei den Fingern der rechten Hand rascher, als bei denen der linken. Interessant ist die Tatsache, daß, wie der Forscher behauptet, das sogenannte „Blühen“ der Fingernägel, das vielfach als Glückszeichen gedeutet wird, tatsächlich eine günstige Bedeutung hat. Es läßt nämlich auf reichlichen Kalkgehalt im Körper des Betroffenen schließen.

Die Enche durch das Radio.

Es lohnt sich eigentlich heutzutage nicht mehr, Verbrecher zu sein, denn selbst wenn man einen erfolgreichen Diebstahl macht, ist es ein ziemlich aussichtsloses Unternehmen, denselben etwa durch die Flucht in Sicherheit bringen zu wollen. Rund um den Erdball werden durch Radio und Bildfunk binnen weniger Stunden die Erkennungsmerkmale des Diebes, Desfrantanten oder sonstigen Missetäter verbreitet, und wohin er sich auch wenden mag, er kann sicher sein, daß der „Arm der Gerechtigkeit“ ihn binnen kurzem erreicht. — Aber auch menschenfreundlichen Zwecken dient die moderne Nachrichtenübermittlung zum Zwecke der Persönlichkeitsfeststellung. So wurde kürzlich in

ein Chicagoer Krankenhaus eine Dame eingeliefert, die auf einer Reise einen Unfall erlitten hatte. Durch den hieraus resultierenden Nervenschlag hatte sie ihr Gedächtnis völlig verloren, so daß sie sich nicht bekennen konnte, wie sie hieß und woher sie war. Durch Radio und Bildfunk wurde die Beschreibung der Verunfallten an alle Welt weitergegeben, und bald schon meldeten sich die Angehörigen der Dame, so daß sie ihrer Familie wieder angeführt werden konnte.

Zwei Jahre blinder Passagier.

Auf dem Bahnhof Straßburg in der Uckermark wurde dieser Tage in einem Güterwagen ein Mann in festem Schlafe gefunden. Es stellte sich heraus, daß es sich um einen blinden arbeitslosen Schmiedegesellen handelte, der als Stukder Passagier nach Hamburg fahren wollte. Mit zusammengebetelten Lebensmitteln und warmen Decken hatte er sich genügend versehen. Der Mann gab zu, daß er seit zwei Jahren kreuz und quer als blinder Passagier durch Deutschland gefahren sei, um so auf billige Weise sein Heimatland kennen zu lernen. So sei er einmal im Untergestell eines D-Zugwagens auf einem provisorischen Bretterlager direkt über den Achsen von Berlin durch den Korridor bis nach Königsberg gefahren. Von dort gelangte er auf ähnlichem Wege bis nach Danzig und dann im Bremserhäuschen eines Güterwagens nach Stettin. Er hat in den zwei Jahren alle Teile Deutschlands auf diese Weise kennen gelernt und erst jetzt ist er zum erstenmal bei seinen Blindfahrten erwacht worden. Da eine Strafverfolgung wenig Aussicht bot und seine Papiere in Ordnung waren, wurde er wieder auf freien Fuß gesetzt.

Auf schlaue Weise

hat man in Passau einen Expresier, der Drohbriebe schrieb, gefangen. Er hatte von seinem Opfer verlangt, daß es aus einem Eisenbahnzug an einer Stelle, an der ein rotes Licht im Dunkeln aufblinke, ein Paket mit 5000 M zum Fenster hinauszwerfe. Der Aufgeforderte befügte den Zug, er sah das rote Licht und warf auch das Paket hinaus. Als der Expresier es öffnete, fand er zwar keine 5000 M, aber er merkte, daß er blaue Hände bekommen hatte, denn das Paket war mit Anilinfarbe bestrichen, die sehr schwer wieder zu entfernen ist. Kein Waschen und Keilen half, und bereits am nächsten Tage wurde der Mann an seinen gefärbten Händen erkannt und festgenommen. Er leugnete nicht.

Die Chinesen sind Gegner des Bubikopfes.

und zwar aus guten Gründen, denn durch ihn ist das früher blühende Geschäft der Haarnetz-Fabrikanten in Schantung vernichtet worden. Das Haarnetz ist vor etwa 70 Jahren von einem Wiener Kaufmann Großmann erfunden worden, der zuerst Menschenhaar sterilisierte und zu Haarnetzen verarbeiten ließ. Später waren es hauptsächlich chinesische Frauenhaare, die dazu verwendet wurden. In China hoffte man auf das baldige Ende des Bubikopfes und damit auf das Wiederaufblühen der Industrie; man bekämpfte daher den Bubikopf im Reich der Mitte, und zwar nicht nur den weiblichen, sondern auch sogar den männlichen. Wie in der „Asiatischen Rundschau“ zu lesen ist, erließ kürzlich die chinesische Polizeibehörde von Kirin die folgende Verordnung: „Unsere Jugend ahmt gern westliche Moden nach, ohne zu überlegen, ob solche sich auch für östliche Verhältnisse eignen. Kurzer Haarschnitt mag gut und wohl sein für die Frauen der Westländer, wir wollen das nicht untersuchen, aber für chinesische Frauen ist eine solche Haartucht zweifellos unangebracht. Und während viele von ihnen ihre langen Zöpfe abgeschnitten haben, haben unsere jungen Leute ihr Haar lang wachsen lassen. Sie sehen in der Tat lächerlich aus. Sie lassen sich das Haar nicht wachsen, um etwa einen Zopf zu flechten, sondern um revolutionär auszusehen. Wir bestimmen und verordnen nun, daß diese irreführenden jungen Leute sich binnen 20 Tagen von heute an das überflüssige Haar abschneiden, widrigenfalls die Behörden sie in geeignete Behandlung nehmen werden.“

Aus dem Reiche der Mode.

Das „rationelle“ Frühjahrskostüm

Bericht über die beachtenswertesten Neuheiten aus dem Reiche der Mode

Die Mode ist die ergebene Dienerin der Frau — und zwar jetzt mehr denn je, denn früher auch Herrschaft nachsagen konnte, so hat sie sich jetzt, unter dem Druck der schlechten Zeiten, ganz in das Gegenteil verwandelt. sich der modernen Art zu leben angepaßt hat, zeigt nichts deutlicher als die neuen Zusammenstellungen von Kleid und Kostüm. Man geht am Nachmittage im streng schneidermäßigen Jackett aus, um seine Besorgungen zu machen und kann zugleich, ohne sich umzuziehen, einen Tanztee besuchen. Gewiß, „ohne sich umzuziehen“, aber man muß sich ausziehen, denn dem hellen Seidenkleidchen, das im Auschnitt der Jade zum Vorschein kam, ist der Kostümrock aufgeschöpft, und die Knöpfe sind so arrangiert, daß sie als Verzierung wirken. Früher hätte man einen derartigen Anzug „patent“ genannt, jetzt rangiert er wohl mehr unter die „neue Sachlichkeit“. Dabei ist er in jeder Phase anmutig, kleidam und als geschlossenes Ganzes wirkend, wie die drei Darstellungen von Favorit-Modell 5176 erkennen lassen. Das Kleid besteht aus bisquitfarbenem Crêpe de Chine und ist als Faltenkleidchen, dessen Rockfalten unten auspringen, gearbeitet. Zum Kostüm wurde feinfadiger Tweed in ganz kleinem braun und beige Karomuster verwendet. Der Rock, der vorn einige eingebügelte Falten aufweist, ist oben in einen bogigen Gürtelbesatz gefaßt, dessen angehöhlene Spitzen jeweils auf den obersten Knopf der Knopfgarnitur des Kleides knöpfen. Es entsteht dadurch wieder eine gefällige Verbindung zwischen Rock und dem als Bluse erscheinenden Kleide, die nicht nur für das Auge, sondern auch im Tragen äußerst angenehm ist, da nichts aus seiner Lage kommt. Den gleichen Vorzug hat das nach Favorit-Mod. 5190 angefertigte Jackett, das aber nur durch eine Bluse ergänzt ist. Diese ist nicht, wie bisher die Blusen einfach in einen Gürtel gefaßt, sondern ihr sind am unteren Rand dreieckige Klappchen angehängt, die je mit drei Knöpfen auf die Rockfalten überknöpfen, so daß auch hier Rock und Bluse ein zusammenhängendes Ganzes bilden. Gegenüber dem Kleid von Fav.-Modell 5176 hat die Bluse den Vorzug, daß

denn je, denn wahrscheinlich Wie sehr sie



man sie leichter auswechseln kann, denn das Toilettenbudget verträgt leichter mehrere seidene Blusen als mehrere seidene Kleidchen. Die Jaden und Röcke dieser Kostüme sind meist in halbenlänglichem Genre gehalten, also mit Gürtel und lösen, in der Taille leicht blusenden Schnitt. Der Schoß ist, wie bisher halblang und muß

der Hüfte innig anliegen. Der Schluß geschieht durch ein oder mehrere verdeckte Knopflöcher oder nur durch einen Gürtel, wodurch das Ganze im Gegensatz zum streng schneidermäßigen einen legeren Anstrich erhält. Bearbeitet und mit Abbildungen versehen vom Favorit-Verlag, Dresden-N. 6.

Schnittmuster in allen Größen zum bequemen Nachschneiden sind erhältlich